

O T T O M E I E R

PARTEI
UND
KIRCHE

18

B

218

▽ 18 B 2 18

La

34/13, 167(18)

3158

OTTO MEIER

Mitglied des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

PARTEI
UND
KIRCHE



DIETZ VERLAG BERLIN



▽ 18 B 2, 18

Lz

1969. 4905

Copyright 1947 by Dietz Verlag GmbH, Berlin. Printed in Germany.
Alle Rechte vorbehalten. Ausstattung und Typographie: Dietz-Entwurf.
Druck: (40) Karl Huth, Berlin C 2, Münzstr. 19

Box

Zum Geleit

Der Inhalt dieser Schrift gibt einen Vortrag wieder, den das Mitglied des Zentralsekretariats der SED Otto Meier am 28. Januar 1947 auf einer sozialistischen Kulturkonferenz in Berlin, die von der Abteilung Kultur und Erziehung des Zentralsekretariats der SED einberufen wurde und an der die Kulturarbeiter der Partei aus allen Zonen Deutschlands teilnahmen, gehalten hat. An diesen Vortrag schloß sich eine lebhafte und interessante Aussprache, die wir ebenfalls in die vorliegende Schrift aufgenommen haben.

Die Haltung, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegenüber Kirche und Christentum einnimmt, wird in den nachfolgenden Ausführungen von Otto Meier klar und eindeutig herausgearbeitet. Diese Ausführungen sollten Gemeingut der Partei werden. Sie entsprechen der Haltung, die die sozialistische Bewegung von jeher eingenommen hat. Diese Haltung wird noch besonders unterstrichen durch einen Aufruf, den das Zentralsekretariat der SED im August 1946 veröffentlicht hat und den wir ebenfalls zum Abdruck bringen. Dieser Aufruf gipfelt in den Sätzen:

„Mit ihrer programmatischen Forderung nach Gesinnungs- und Gewissensfreiheit ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch gegenüber der religiösen Überzeugung bis zur letzten Konsequenz tolerant. Der christliche Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sind kein Hinderungsgrund für das Bekenntnis zum Sozialismus und für die Mitgliedschaft in der marxistischen Partei.“

Leider ist die weitgehende Toleranz, die die sozialistische Bewegung jederzeit der Kirche gegenüber bewies, von dieser nicht in gleicher Weise auch der sozialistischen Arbeiterschaft entgegengebracht worden. Die Kirche und ihre Würdenträger standen vielmehr dem Kampfe der sozialistischen Arbeiterschaft um ein menschenwürdiges Dasein in der Vergangenheit verständnislos, wenn nicht gar ablehnend gegenüber. Sie nahmen oft genug für die herrschenden Gewalten, das Junkertum und den Kapitalismus und damit gegen das Freiheitsstreben von Millionen ausgebeuteter und unterdrückter Menschen Partei. Kein Wunder, daß nicht zuletzt auch dadurch der fortschrittliche Teil der Arbeiterschaft der Kirche entfremdet wurde.

Das tapfere Verhalten, das ein Teil der Geistlichkeit in dem Kampfe gegen die Hitlerbarbarei bewiesen hat, nötigt auch der sozialistischen Ar-

beiterschaft Achtung und Anerkennung ab. Es ist daher die Zeit gekommen, um das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterschaft neu zu überprüfen. Die furchtbare Katastrophe, in die der Nazismus alle Kreise unseres Volkes gestürzt hat, gibt Anlaß genug dazu. Denn es gilt jetzt, alle positiven Kräfte für den demokratischen Neuaufbau unseres Lebens zusammenzufassen und die Fundamente für ein neues Deutschland zu legen. Wenn die Kirche das Gebot der Stunde erkennt und sich mit ganzer Kraft dem demokratischen Neuaufbau zur Verfügung stellt, so würde sich damit ein besseres Verstehen mit der sozialistischen Arbeiterschaft wie überhaupt mit allen fortschrittlichen Kreisen unseres Volkes ergeben.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stellt mit Genugtuung fest, daß eine ganze Anzahl Geistlicher — und zwar durchweg amtierender Geistlicher — zu ihren Mitgliedern zählt. Sie bekennen sich zu ihr, wie sich neben den handarbeitenden Schichten zahlreiche Vertreter der Intelligenz wie Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Künstler zu ihr bekennen. Diese Geistlichen sind ein Beweis dafür, daß ihr erst gemeinter christlicher Glaube und Sozialismus durchaus nicht jene Gegensätze sind, als die sie von gewisser Seite geflissentlich hingestellt werden, denn diese Männer bejahen nicht zuletzt auch vom Glauben her den Sozialismus, der im Marxismus seine wissenschaftliche Ausprägung gefunden hat. Sie brauchen dazu keinen besonderen „christlichen“ Sozialismus, wie ihn die CDU als Außengeschild für ihre Parteipropaganda erfunden hat.

Mit dieser Betonung des Wortes „christlich“ durch eine politische Partei werden so hohe Wertprinzipien wie Christentum und Religion ganz unnützerweise in den politischen Tageskampf hineingezogen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat für dieses Verhalten der CDU kein Verständnis. Sie ist der Meinung, daß Kirche und Christentum außerhalb des politischen Tageskampfes stehen sollten.

Im Gegensatz zur CDU tritt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für den von Karl Marx begründeten wissenschaftlichen Sozialismus ein, der über bloße äußere Reformen hinaus eine durchgreifende Neuordnung unseres gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erstrebt. Der Sozialismus will nicht nur die Überwindung des Nazismus, sondern darüber hinaus auch der kapitalistischen Ausbeutung und des imperialistisch-militaristischen Machtwahns, der immer wieder das Gespenst des Krieges und damit neue Katastrophen aufkommen läßt. In der Beseitigung jeglicher Unterdrückung und Unfreiheit, in der Arbeit aller für alle, in der hochentwickelten Leistung für die Gesamtheit, im friedlichen Zusammenwirken der Menschen und Völker liegt die Gewähr für den Fortschritt der Menschheit begründet.

Die Sozialistische Einheitspartei kämpft für dieses Ziel und mit ihr Millionen Menschen aus allen Schichten und Ständen unseres Volkes. Für dieses hohe Ziel zu wirken, kann unmöglich im Gegensatz zur christlichen

Lehre stehen. Wie ernst die Partei mit den geistigen Problemen unserer Zeit ringt, zeigt die lebendige Aussprache, die dem Referat von Otto Meier auf der erwähnten sozialistischen Kulturkonferenz folgte und in der auch die sozialistischen Pfarrer und Theologen ausgiebig zu Wort kamen. Daraus geht hervor, daß die Toleranz für uns kein bloßes Schlagwort ist und der geistige Rahmen, in dem die Partei sich bewegt, weit gesteckt ist. Die vorhandenen Gegensätze wurden mit leidenschaftlicher Anteilnahme an den Problemen in vorbildlicher Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit und damit in jenem wahrhaft demokratischen Geiste ausgetragen, der der SED eigen ist. Diese Tatsache beweist, wie unrecht jene haben, die der Partei immer wieder Intoleranz oder Totalitätsstreben vorwerfen. Unsere Stellung zur Kirche beweist das Gegenteil. Der Nazismus scheute sich nicht, seine gierigen Hände auch nach der Kirche und dem religiösen Leben auszustrecken. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands lehnt eine solche Haltung grundsätzlich ab. Sie steht auf dem Standpunkt der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit und damit der freien Entfaltung des religiösen Lebens. Sie ist „bis zur letzten Konsequenz tolerant“.

Richard Weimann

Otto Meier: Partei und Kirche

Es ist eine Tatsache, daß sich der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung in Deutschland zum Christentum bekennt. Diese Realität dürfen wir nicht übersehen, müssen dazu Stellung nehmen und unsere Stellung begründen.

Also zunächst: welche Stellung nehmen wir ein? Wir sind Sozialisten und kämpfen nach den für uns in Deutschland gegebenen Verhältnissen grundsätzlich auf dem Boden des Marxismus, für Demokratie, für Frieden und Sozialismus. Die Demokratie strebt danach, im Staat die Verkörperung, die Organisation des Volkswillens zu sehen. Dieser Staat soll in seinem inneren Wesen nicht etwa nur zugeschnitten sein auf die Aufrechterhaltung äußerer Ordnung durch Zwang, Furcht, Abschreckung usw. Das Wesen dieses Staates soll vielmehr in der gesunden Regelung aller gesellschaftlichen, ökonomischen Beziehungen liegen. Es sollen dies in letzter Vollkommenheit die Planung im Sozialismus und auch die alles umfassende Einheit des geistigen Überbaues in der Kultur, im Recht usw. sein. Deshalb ist eines der Wesensmerkmale der Demokratie die Gewissensfreiheit.

Schon in ihren „Grundsätzen und Zielen“ fordert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Punkt 8:

„Sicherung der demokratischen Volksrechte, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen, ferner Gesinnungs- und Religionsfreiheit.“

Weiter heißt es in den von der SED proklamierten „Grundrechten des deutschen Volkes“:

„Trennung von Staat und Kirche, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.“

Und schließlich haben diese Grundsätze ihren Niederschlag gefunden in dem so viel diskutierten Verfassungsentwurf unserer Partei im Abschnitt B über die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, und zwar in den Artikeln 32 bis 39. In der Rede, mit der dieser Verfassungsentwurf dem Parteivorstand vorgelegt wurde, erklärte Otto Grotewohl:

„Aus tiefer Toleranz gegenüber jeder Religionsausübung gewährleistet der Verfassungsentwurf die Rechte der Religionsgesellschaften. Sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts und genießen alle die Privilegien, die sie bisher in Deutschland hatten.“

Alle diese Äußerungen sind klar und unzweideutig. Sie bestimmen das Verhältnis der religiösen Gemeinschaft zum Staat, und sie bestimmen damit auch zugleich grundsätzlich die Einstellung unserer Partei in ihrem Verhältnis zur Religion: es ist das der absoluten Toleranz. Man wird deshalb auch in meinen nachfolgenden Ausführungen kein Wort der Kritik gegenüber dem Christentum, der Religion und dem Glauben an sich finden. selbst nicht in einer kritisch-historischen Würdigung des Kirchentums. Nicht mit der Religion habe ich mich hier zu befassen, nicht mit dem christlichen Glauben. Wir müssen uns vielmehr mit seiner äußeren Organisationsform, der Kirche, sachlich auseinandersetzen.

Wir Sozialisten sind die letzten, die etwa übersehen könnten, welche gewaltige und entscheidende Rolle das Christentum in der Geschichte gespielt hat. Es ist hier nicht meine Aufgabe und mein Beruf, davon eine erschöpfende Darstellung zu geben. Jedenfalls ist es unbestritten, daß in jener frühen Zeit nach dem Zerfall der Antike, als das Christentum seinen Siegeszug begann, die Kirche ihre geistige Macht auch über die weltlichen Verhältnisse ausdehnte. Das geschah zwangsläufig, in erster Linie durch die ökonomische Machtstellung der Kirche als der größten Grundbesitzerin, aber auch, weil Kirche und Geistlichkeit sich als die berechtigten Träger des Geistigen und des überhaupt erst zum Bewußtsein gebrachten Vernünftigen in der Sphäre des Weltlichen betrachten durften, gegenüber der Roheit und Unbildung jener Zeit, die einen Staat der Vernunft und Gesittung nicht gestatteten. So mußte die Kirche eine anerkannte Macht im Recht und in der Rechtsprechung werden und der Staat im Dogma als göttliche Einrichtung gelten. Der Wesensinhalt und insbesondere das Recht jener frühen christlichen Staaten ist auf diese Weise überall von christlichen Elementen durchdrungen, die einen ungemeinen Einfluß auf Bildung, Sitte, Gesetzgebung und Kultur ausübten. Die Staaten und die Völker haben diesen Einfluß in sich aufgenommen, ihn in seinen Ergebnissen als Eigenes und nicht von außenher Kommendes verarbeitet. Deshalb wurzelt die weltliche Macht der Kirche so tief im mittelalterlichen Staat. Erst in der späteren Zeit kommt es mit der allmählichen Veränderung der ökonomischen Beziehungen und Wechselwirkungen, mit dem Vordringen weltlicher, philosophisch-materialistischer Auffassungen, die den Kampf um ihre Geltung im Staate führen, zu unvermeidlichen Konflikten, wie wir sie überall in der Geschichte der einzelnen Völker und Staaten finden.

Wenn ich zu Beginn meiner Ausführungen festgestellt habe, daß das Christentum in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung wurzelt, so gibt es dafür zwei Gründe. Einmal ist es die Religion an sich, die zweifellos einem tieferen inneren Bedürfnis vieler Menschen entspricht. Zum anderen aber wirkt sich die nun bald 2000jährige Tradition des Christentums aus. Das Christentum hat, nicht ohne zeitweilige und tiefwirkende

innere Erschütterungen — ich erinnere nur an die Reformation — alle Zeitepochen überlebt: den Kommunismus des Urchristentums, den Feudalismus, den Absolutismus, den bürgerlichen Liberalismus mit allen Revolutionen und Kriegen bis zum militanten Imperialismus des Hochkapitalismus. In dieser Universalität mißt es sich heute mit der ebenfalls weltumspannenden Idee des wissenschaftlichen Sozialismus, die, noch verhältnismäßig jung, erst vor etwa 100 Jahren auf den Schauplatz der Weltgeschichte getreten ist.

Vor uns stehen also, verkörpert in gewaltigen Organisationen, zwei große Ideen. Sind sie bestimmt, miteinander auf Tod und Leben zu ringen, weil vielleicht eine die andere ausschließt, oder hat der Erdball Platz für beide? Die Sozialistische Einheitspartei hat diese Frage von ihrem Standpunkt aus entschieden. Diese Entscheidung liegt in der Erklärung der gegenseitigen Toleranz, wie ich sie von unserer Seite aus in den angeführten Auslassungen und Beschlüssen skizziert habe.

Wir leugnen dabei nicht die Verschiedenheit der beiden großen Ideen. Aber wir bestreiten, daß sie nun auch unbedingt Gegensätze, und noch dazu unversöhnliche, sein müssen. Sie brauchen schon deshalb keine Gegensätze zu sein, weil sie auf ganz verschiedenen Ebenen liegen. Die Religion des Christentums läßt zwar die irdlichen, die weltlichen Dinge nicht gänzlich außer acht, wendet sich aber in ihrer letzten Zielsetzung dem Übersinnlichen, dem Göttlichen, dem Jenseitigen zu. Sie ist die Offenbarung der Liebe und die Proklamierung des „Friede auf Erden“. Der Christ ist Pazifist, oder er ist kein reiner Christ. Daran ändert keine noch so geschickte Rabulistik etwas. Der bis jetzt der Allgemeinheit unbekannt gebliebene Verfasser des nach dem ersten Weltkriege erschienenen berühmten Buches „Die Tragödie Deutschlands“, das warnend, aber vergeblich geschrieben wurde, erklärt dazu:

„Der einzige diskutabile Einwand (gegen diese Auffassung) lautet: Also ist das reine Christentum dem imperialistisch-militaristischen Staat gefährlich. Darauf muß die Kirche den Mut haben, mit Ja zu antworten.“

Was so vom Glauben, vom Ethischen her das Christentum auf dieser Erde nach dem Gebote Gottes will, Gerechtigkeit und Frieden, wir als Sozialisten wollen es auf Grund der Erkenntnis der dialektischen Entwicklungsgesetze von der ökonomisch-politischen Seite aus in der Ablösung der mörderischen, hochkapitalistischen Gesellschaftsform durch den Sozialismus. Jedenfalls sehe ich hier die Synthese, die, von verschiedenen Gesichtspunkten und Ideen aus, beide in ihrem Wirken vereinigen kann, vorausgesetzt, daß sie sich auf ihre ureigensten Gebiete beschränken. Denn wie die Kirche sicherlich nicht ihre Aufgabe darin sieht, die Mitglieder der sozialistischen Parteien zu ihren Missionaren zu machen, so lehnen es ebenso die Sozialisten ab, etwa die Kirchen für ihre eminent weltlichen

Zwecke propagandistisch zu mißbrauchen. Aber sie sind sich einig in ihren Zielen, einen Zustand herbeizuführen, der allen Menschen auf Erden ein „Wohlgefallen“ ist: Recht für jede Kreatur, keine Unterdrückung und Ausbeutung, der Segen des Friedens für alle Welt!

Jedenfalls habe ich es für meine Pflicht gehalten, hier das Verbindende, das Einigende und nicht das Trennende hervorzuheben, um ausdrücklich unseren Willen zur Toleranz darzutun, der darüber hinaus in dieser schwersten Epoche unseres Landes zur Zusammenarbeit führen müßte, weil jeder Zwiespalt und gegenseitige Kampf den demokratischen Aufbau hemmt. Wenn aber trotzdem dieser unser guter Wille aus politischen Gründen angezweifelt wird, wenn zum Beispiel eine Partei wie die CDU völlig einseitig die angeblichen Interessen der Kirche für sich okkupiert und die Alternative stellt: „Christentum oder Marxismus!“, so müssen wir uns wohl oder übel mit dieser Meinung auseinandersetzen.

Natürlich haben wir nie für uns in Anspruch genommen, die Interessen der Kirche wahrzunehmen und zu vertreten, und wir werden es auch in Zukunft nicht tun. Wir sind der Auffassung, daß die Kirche diese Aufgabe selbst zu erfüllen hat, weil sie keine politische Organisation ist. Sie will es nicht sein, sie soll es nicht sein, und sie darf es nicht sein, weil ihr Reich ja nicht von dieser Welt ist! Wir haben in dem A u f r u f d e s Z e n t r a l s e k r e t a r i a t s auf die Herausforderung Jakob Kaisers, mit der er uns und die Kirche zugleich in einen Kulturkampf zerren wollte, in dem sich die CDU gewissermaßen als Erbpächterin der religiösen Interessen des Volkes und der politischen Interessen der Kirche erweisen sollte sehr deutlich geantwortet. Wir werden aber auch nicht unterlassen dürfen, darüber hinaus im Lande immer wieder darauf hinzuweisen, daß man hier mit einem geschickten Taschenspielerkunststück absichtlich das Christentum mit dem Kirchentum verwechselt, gegen das allerdings in der Vergangenheit als bewußt-reaktionäres Element im Dienste eines volksfeindlichen Staates der Sozialismus von Anbeginn seiner Wirksamkeit an gekämpft hat.

Es gehört zur Taktik der CDU, die nicht scharf genug gekennzeichnet werden kann, unser vorbehaltloses Bekenntnis zur Toleranz in der Frage der religiösen Gewissensfreiheit als eine Schwenkung, als ein politisches Manöver hinzustellen, das von der augenblicklichen Lage in Deutschland diktiert sei und dem man deshalb mit dem größten Mißtrauen begegnen müsse. Wir stoßen in der Agitation der CDU immer wieder auf diese irreführenden Hinweise, nämlich daß der Sozialismus in der Vergangenheit immer religionsfeindlich gewesen sei und daß die jetzt proklamierte Toleranz nichts anderes als eine Irreführung und Tarnung sei, um das ahnungslose Kirchenvolk zu täuschen.

Demgegenüber ist leicht nachzuweisen, daß wir uns auch in dieser Beziehung treu geblieben sind. Es ist historische Wahrheit, daß der wissen-

schaftliche Sozialismus, der seit Beginn seiner Wirksamkeit auf dem Boden der Demokratie steht, es immer abgelehnt hat, das Grundgesetz der Gewissens- und Religionsfreiheit zu verletzen. Es mußte der sozialistischen Bewegung ihrer ganzen Auffassung vom inneren Leben des einzelnen nach ganz gleichgültig sein, ob jemand aus Überzeugung Christ oder Atheist ist. Sie hat es ebenso entschieden abgelehnt, eine Offensive gegen die Religion zu führen, wie sie sich davon ferngehalten hat, mit dem Christentum etwa ein politisches Geschäft zu machen. Wir leugnen nicht, daß es auch in sozialistischen Kreisen Strömungen gegeben hat, auch in der Sozialdemokratischen Partei, die sich gegen die Religion wandten. Die Partei hat es aber immer abgelehnt, sich auf den Standpunkt dieser Kreise zu stellen. Ich verweise zum Beispiel darauf, daß schon das Gothaer Programm, beschlossen auf dem Vereinigungsparteitag 1875, die Religion zur Privatsache erklärte. Dieser Grundsatz ist dann 1891 auch in das Erfurter Programm der Deutschen Sozialdemokratischen Partei übergegangen, das bis in den ersten Weltkrieg hinein Geltung hatte.

Daß die sozialistische Bewegung in Deutschland immer an ihrer Toleranz und Neutralität gegenüber der Religion festgehalten hat, mögen die folgenden Ausführungen Wilhelm Liebknechts auf dem Parteitag zu Halle 1890 beweisen:

„Dann bedenke man, daß die Verpflichtung zur Religionslosigkeit ein Eingriff in die Gewissensfreiheit wäre, in die Freiheit des Denkens, in die persönliche Freiheit, die wir unter allen Umständen achten und schützen müssen: kurz, wir, die wir den Satz verteidigen, daß die Religion Privatsache sei, sind mehr in Harmonie mit den Grundprinzipien unserer Partei und obendrein bei weitem radikaler als diejenigen, denen in der Bekämpfung der Religion selbst eine gewisse Religiosität oder, richtiger, ein Rest von Pfafferei anhängt.“

August Bebel hat auf dem Münchener Parteitag 1902 ausgeführt:

„Religion ist Privatsache! Das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Überzeugung eines Parteigenossen fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein; es geht keinen Menschen innerhalb der Partei etwas an!“

Wir sehen also, daß die sozialistische Bewegung in der Vergangenheit niemals religionsfeindlich gewesen ist. Deshalb ist der heutige Standpunkt der SED auch keine Schwenkung, keine Tarnung, weil sie ganz im Sinne der großen Tradition der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung sich auf den Standpunkt stellt: Religion ist Sache jedes einzelnen Menschen, Sache

seiner persönlichen Überzeugung, seines inneren Gewissens, nie aber Sache des Staates oder gar einer Partei. Im Gegenteil, wir müssen mit äußerstem Befremden sehen, wie sich eine Partei das Prädikat „christlich“ beilegt, das doch nur der Kirche und ihren Einrichtungen vorbehalten bleiben sollte. Wir haben den Eindruck, daß dieser metaphysische Schleier der CDU nur der Ausdruck der eigenen politischen Unklarheit oder besonders im Westen, was noch schlimmer wäre, richtiggehende Tarnung ist für reaktionäre Größen der Vergangenheit, die wiederauferstehen wollen.

Wenn die Religion anerkanntermaßen eine Angelegenheit der Gewissensfreiheit und keine Partei- und Staatsangelegenheit ist, so folgert daraus zwangsläufig für uns auch die Trennung von Staat und Kirche. In unserem Verfassungsentwurf hat das im Art. 35 seinen Ausdruck gefunden in dem Satz: „Es besteht keine Staatskirche.“

Diese Forderung, die der Kirche die volle Unabhängigkeit sichert, liegt ebenso sehr im Interesse der Demokratie wie im Interesse des Staates und der Kirche selbst. Das ist auch immer wieder von hervorragenden Würdenträgern der Kirche hervorgehoben worden. Dagegen kann sich eigentlich nur wenden, wer beabsichtigt, entweder durch enge Bindung der Kirche an den Staat den Staat zu religiösen Zwecken auszunutzen oder umgekehrt, die Kirche zu staatlichen Machtzwecken zu mißbrauchen. In diesem Zusammenhang verdient zweifellos die zweideutige Erklärung des Parteiprogramms der CDU unsere besondere Beachtung:

„Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.“

Es ist die Frage zu stellen: was versteht die CDU unter der „klaren Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben?“ Sie hat bisher eine klare Antwort darauf noch nicht gegeben. Wir stellen also fest, daß die CDU, die sich als Retterin des Christentums aufspielt, auf der einen Seite einen christlichen Staat, also die Bindung des Staates an das Christentum, für selbstverständlich hält und jeden zu diffamieren sucht, der sich dem widersetzt. Zugleich aber fordert sie die Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften in diesem Staat. Was es mit dieser „Unabhängigkeit“ auf sich hat, werden wir sehr bald sehen.

In der CDU repräsentiert sich politisch in Wahrheit jenes Kirchentum, das sich allerdings auch treu geblieben ist, solange es in Deutschland eine Staatskirche gab. Mit diesem Kirchentum müssen wir uns freilich auseinandersetzen, nicht mit der Religion, nicht mit dem Christentum. Es handelt sich hier um zwei ganz verschiedene Erscheinungen, die im öffentlichen Leben allerdings durch eine geschickte Agitation und politische Demagogie absichtlich verwechselt werden.

Das politische Kirchentum als reaktionäres Element eines reaktionären Staates hat der Sozialismus seit dem Bestehen der modernen Arbeiterbewegung aufs schärfste bekämpft. Wie stark die Interessen des reaktionären Obrigkeitsstaates sich zu verbinden hatten mit denen der Kirche, wurde bereits von Friedrich Julius Stahl, dem unbestrittenen geistigen Führer der konservativen Feudalpartei in Preußen, angedeutet in einer am 12. Dezember 1849 gehaltenen Rede, in der er sich über den Art. 15 der neuen preußischen Verfassungsurkunde äußerte, nach dem die evangelische und die katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgemeinschaft, ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten sollten. Niemals vielleicht wieder ist die infame Theorie der Reaktionspartei so kühn und vermessen in der Interpretation einer verfassungsmäßigen Bestimmung gewesen wie in dieser Rede. Stahl prägte darin das Wort von dem „revolutionären Prinzip“ der Majorität und dem „historisch-legitimen Prinzip“ des landesherrlichen Kirchenregimentes und seiner Behörden. Er hat da, in ganz kurze, knappe Worte gekleidet, eine politische Erscheinung charakterisiert, auf die wir immer in der Geschichte gestoßen sind und vermutlich auch weiter stoßen werden. Was ist denn die Demokratie für die bürgerliche Reaktion, die sich ebenfalls den demokratischen Tarnanstrich gibt? Ich glaube bestimmt, in dem Augenblick, in dem die ganz offensichtliche Majorität etwa der Demokratie oder des Sozialismus darangeht, das zu verwirklichen, was der Volkswille zum Ausdruck gebracht hat, wird die Reaktion über das „revolutionäre Prinzip“ der Majorität schreien. In dem Augenblick, wo es der reaktionären Macht an den Kragen geht, wird man das alte „historisch-legitime Prinzip“ hervorholen, um es dagegenzusetzen, und wenn man die Möglichkeit hat, sogar die bewaffnete Macht dagegen aufbringen. Hier zeigt sich, wie recht Lassalle gehabt hat, als er in seinen Reden zur Verfassung darauf hinwies, daß es nicht allein auf die geschriebene Verfassung ankommt, sondern auf die wirkliche Verteilung der ökonomischen Macht und der tatsächlichen Macht im Staate.

Wenn Fortschritt und Aufklärung im bürgerlichen Zeitalter des Vormärz auch in Deutschland die Forderung nach Meinungs-, Gewissens-, Lehr- und Religionsfreiheit, also der Toleranz schlechthin und mit ihr die klare Scheidung zwischen Staat und Kirche erhoben, so ergab sich 1848 in der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche bei der Beratung des Art. III der Verfassung über Glaubensfreiheit und das Verhältnis der Kirche zum Staate nach dem Kompromißvorschlag des Ausschusses eine merkwürdige parlamentarische Konstellation, die so recht die ganze politische Zerfahrenheit und Inkonsequenz des fortschrittlichen Liberalismus zeigt. Es war mit der bedeutendste Teil der Grundrechte, der den erbitterten und gefährlichen Widerstreit, der seit eineinhalb Jahr-

tausenden die christliche Welt bewegte, wie man hoffte, friedlich ausgleichen sollte: den weltgeschichtlichen Kampf zwischen Zepter und Krummstab.

Sechs Paragraphen sollten diese geschichtliche Aufgabe lösen: ich zitiere sie hier. Manches darin wird uns bekannt vorkommen und ist auch in unserer heutigen Zeit aktuell.

- § 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.
- § 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Übung seiner Religion. — Verbrechen und Vergehen, welche bei der Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetz zu bestrafen.
- § 13. Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. — Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun.
- § 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.
- § 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.
- § 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilacts abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilacts stattfinden.

Wie man sieht, es sind im wesentlichen dieselben Prinzipien, die auch in der Weimarer Verfassung enthalten waren und nach unserem Verfassungsentwurf auch heute Geltung haben sollen, nur mit dem einen Unterschied, daß die Trennung von Staat und Kirche darin nicht ausgesprochen wird. Warum? Diese Formulierung in sechs Paragraphen war das Kompromiß zwischen den vom damaligen Gesichtspunkt aus idealen Forderungen der neuen Zeit und den in der Entwicklung herangewachsenen reaktionären Einrichtungen des sich zum Kapitalismus umformenden Feudalstaates. Es war ein Mischsystem, das ein gewisses Gleichmaß in der Verteilung der weltlichen und geistlichen Macht bringen sollte. Es sollte eine gütliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche sein; dem Staate sollte das Rechtsgebiet vorbehalten bleiben und der Kirche die ungehemmte Einwirkung auf den inneren Menschen, jedoch so, daß dem Staate eine gewisse Aufsicht darüber zusteht, daß seinen Zwecken die Kirche nicht etwa hemmend oder feindlich gegenübersteht.

Hiergegen gab es nun eine seltsame Opposition, die diese Lösung scharf bekämpfte. Sie setzte sich aus den heterogensten Elementen zusammen — es ist interessant, das heute zu verfolgen —: den Ultramontanen, den Vertretern der Kircheninteressen, die in der völligen Unabhängigkeit der Kirche der Herrschaft Roms ein unbegrenztes Feld eröffnen wollten — des-

wegen wollten sie die Trennung von Staat und Kirche —, und der äußersten Linken, die im idealen Überschwang ihrer Auffassung von der Demokratie und der Toleranz soweit ging, daß vom Standpunkt der Geistesfreiheit jedem, auch wenn man ihn für einen Feind der Freiheit hielt, gleiche Waffen und gleiches Recht gelassen werden müßten.

Diese historische Reminiszenz ist für jeden aktuell, der heute aus denselben Fehlern der Weimarer Epoche die richtigen Schlüsse zieht. Es lag auf der Hand, daß man bei so verschiedenen Motiven der Opposition vielleicht zu einem Beschluß, aber niemals zu einer Verständigung kommen konnte. Denn über den Inhalt des Begriffes „Freiheit“ mußten die Meinungen der beiden seltsamen Partner weit auseinandergehen. Während die Linke volle, klare Scheidung zwischen Staat und Kirche verlangte, erstrebte das politische Kirchentum zwar die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, nicht aber die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche. Und wenn die Linke das so wichtige Gebiet der Schule zu einem Eigentum aller Staatsbürger machen wollte und diese Forderung laut erhob, so schwieg das Kirchentum entschieden, aber bedeutungsvoll dazu, weil es nie im Sinne hatte, auf dieses Gebiet jemals zu verzichten.

Es ist ziemlich ermüdend, heute die Reden von 30 Abgeordneten nachzulesen, die damals in der Frankfurter Paulskirche in der Generaldebatte über diesen Artikel gestritten haben, und doch sind sie für die heutige Zeit nicht ohne Interesse. Geradezu aktuell ist die Rede des Abgeordneten v. Beißler, die ich hier anführen möchte, wobei ich natürlich genau weiß, daß es immer gewagt ist, historische Parallelen zu ziehen, weil sie immer an einem gewissen Punkt anfangen, ungenau zu werden. Beißler war Minister der Geistlichen Angelegenheiten in Bayern und wandte sich als Katholik entschieden gegen die Trennung von Kirche und Staat, aber nur, weil er in einer unabhängigen, unumschränkten Gewalt der Kirche eine Gefahr für die demokratischen Einrichtungen des Staates sah. Weil es nun immerhin bald 100 Jahre her ist, daß man von einem kompetenten Bayern ein solches Wort gehört hat und weil es leider auch heute noch grausam aktuell ist, sei es hier erwähnt. Beißler führte u. a. aus:

„Man will die Landtage nicht in den Angelegenheiten, bei welchen Staat und Kirche sich berühren, entscheiden lassen; umgekehrt will der Absolutismus der Kirche auf die demokratischen Einrichtungen des Staates wirken. Bei den Wahlen zum Parlament und zu den Landtagen hat man gesehen, mit welchem Eifer die Kirche nach dem mächtigen Hebel der weltlichen Macht gegriffen hat. Wenn man die Verfassung der Kirche so läßt, wie sie ist und sie vom Staate trennt, ihr dazu die Schule gibt und dabei demokratische Einrichtungen gründet, so hat man die Priesterherrschaft hergestellt, aber auch dem Christentum die schwerste Wunde geschlagen.“

Beißler hat mit dieser Schlußfolgerung 1848 als bayerischer Kultusminister in der Frankfurter Nationalversammlung ins Schwarze getroffen. Wer wollte das heute nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, bezweifeln? Die Rede ist nicht ohne Folgen geblieben. Der Verlust seiner Ministerstelle hat bewiesen, daß die Kirche, der er das Streben nach weltlicher Macht aus ureigenster Kenntnis der Dinge zum Vorwurf gemacht hatte, diesen Vorwurf reichlich verdiente.

Herr v. Beißler hatte die Trennung von Kirche und Staat damals so lange für illusorisch erklärt, als die Kirche nicht ihre innere reaktionäre Verfassung ändert und weiter nach der weltlichen Macht strebt. Wir müssen heute berücksichtigen, daß dieser Vorbehalt richtig und weitschauend war in einer Zeit der sich mächtig entwickelnden Reaktion nach 1848, in der sowohl die Dynastien als auch der aufstrebende Kapitalismus mit Erfolg alle Anstrengungen machten, sich als absolute Beherrscher des Staatsorganismus auch der Kirche als Instrument ihrer Politik zur Beeinflussung und Unterdrückung zu bedienen.

So hatte sich die Kirche, anscheinend unwandelbar im Fluß der Zeiten, seit ihrer Stiftung gewandelt. Im Mittelalter gab es Hader und Streit, sobald sich die Repräsentanten der Staatsgewalt, die Fürsten, nicht der Oberherrschaft der Kirche unterordneten. Seit der Reformation hatte sich in den protestantischen Ländern die weltliche Macht der Kirche manifestiert in den Fürsten, die zugleich ihre Oberbischöfe waren, und in den katholischen Ländern herrschte die Geistlichkeit und beherrschte das Volk durch engen Anschluß an die Fürsten. Es ist nur ein Beweis mehr für die revolutionären Folgen auch im geistigen Überbau der Gesellschaft, wenn unter den inzwischen völlig veränderten ökonomischen Verhältnissen durch den stürmisch aufstrebenden Kapitalismus sich der von ihm beherrschte Staat nun auch die Kirche unterwarf und sie zu seinem politischen Werkzeug machte. Das Kirchentum hat diese Vergewaltigung willig über sich ergehen lassen. Sie war zum Werkzeug, zur Dienerin des reaktionären Klassenstaates herabgesunken und nicht mehr eine Helferin der Mühseligen und Beladenen.

So war die 1848 angestrebte Freiheit der Kirche in ihr Gegenteil umgeschlagen. Inhalt, Umfang und Grenzen der religiösen Toleranz bestimmte fortan der Staat. Friedrich Julius Stahl, der von mir schon einmal erwähnte Führer der preußischen Junkerreaktion, erläuterte das in einer Rede 1855 maßgeblich wie folgt:

„Keine Toleranz darf uns abhalten, die Weisheit und Wissenschaft, welche gegenwärtig der Kultus der Völker sind und deren innerste Wurzel die Leugnung der Offenbarung Gottes und die Umwälzung seiner Ordnung ist, als das, was sie sind, zu bezeichnen. Keine Toleranz darf die Kirche bewegen, ihre reine Lehre auf der Kanzel fälschen zu lassen, oder den Staat bewegen, seine christlichen Insti-

tutionen aufzugeben. — Es ist keine Forderung christlicher Toleranz, entschieden atheistische, materialistische Bekenntnisse und vollends die Erziehung der Kinder in denselben freizugeben, denn es hat niemand ein religiöses Gewissen, für den Atheismus Zeugnis abzulegen und ihm seine Kinder zu widmen. Gegen den nicht existierenden Gott gibt es auch nicht eine vermeintliche Gebundenheit des religiösen Gewissens.“

Das war das Anathema, das gegen die anderen geschleudert wurde. Gegen diese unmißverständliche Auffassung, die sich sehr schnell in eine schlimme Praxis umsetzte, polemisierte ein berühmter Berliner Universitätslehrer mit dem Hinweis, daß Stahl die Polizeigewalt des Staates gegen die geistliche Toleranz und Gewissensfreiheit mobilisiere. Es hat sich sehr bald gezeigt, daß er nicht unrecht gehabt hat. Es ist bekannt, daß kein Geringerer als Bunsen in seiner Schrift „Zeichen der Zeit“ heftig gegen die reaktionäre Staatsgewalt, die sich mit Hilfe eines allzu willigen reaktionär-politischen Kirchentums alles unterwarf, polemisierte und daß es zu einer sehr heftigen und interessanten Kontroverse zwischen Stahl und Bunsen hierüber gekommen ist.

Ich habe hier einen Abschnitt aus der neueren Geschichte rekapituliert, der leider ziemlich unbekannt ist, um damit zu zeigen, welche Rolle das Kirchentum, also die politische Kirche, in Deutschland gespielt hat, und wie berechtigt der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen diese kirchliche Reaktion gewesen ist. Wir dürfen es niemals zulassen, daß man heute diese historischen Tatsachen verfälscht. Hier liegt die Quelle aller Unklarheit und Heuchelei auf diesem Gebiete, weil Christentum und Kirche eben nicht das gleiche gewesen sind.

Mit der Entwicklung zur militaristisch-imperialistischen Großmacht Deutschland wurde auch die Kirche ein staatliches Kriegsmittel und die Religion wurde mißbraucht, die dann, wie auch alles andere, von oben einfach befohlen worden ist. Die alldutschen Theologen haben seit 1880 unablässig zum Kriege gehetzt und haben die Kirche und mit der Kirche die Religion dazu mißbraucht. Sie haben dem deutschen Volke einen Gott gepredigt, der in Wahrheit der Gott des Kriegspresseamts, ein karikiertes Kanonengott war, der im Auftrage der deutschen Imperialisten England strafen und der Schwerindustrie zu möglichst hohen Gewinnen verhelfen sollte. Die Rolle des politischen Kirchentums im Kriege, in beiden Kriegen, ist zu bekannt, als daß ich sie noch durch besondere Beispiele erhärten müßte.

Aber ich frage: wo haben jemals die Werktätigen, die breiten Schichten der Bevölkerung, die ich als Proletarier bezeichne, die gut genug waren, in den mörderischen Kriegen jedesmal als Kanonenfutter zu dienen, in dem politischen Staatskirchentum einen Funken von Menschlichkeit gefun-

den oder auch nur Verständnis für ihren Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung? Jedenfalls ist die Zahl jener Geistlichen, die diese gefährliche Entwicklung im Kirchentum rechtzeitig erkannten und den Mut fanden, dagegen aufzutreten, immer recht klein gewesen, abgesehen davon, daß man ihnen recht fühlbar beigebracht hat, daß ein Abweichen von der offiziellen Linie auch für sie persönlich schlimme Folgen haben müsse.

Es soll gewiß nicht verkannt werden, als unter dem Naziterror die Diktatur sich auch die Kirche unterwarf und zum Werkzeug ihres Wahnsinns machte, daß in der bekennenden Kirche Geistliche mutig dagegen rebellierten. Gewiß ist die Entnazifizierung der Kirche heute ebenso wie überall im Staate, in der Verwaltung und in der Wirtschaft ein vordringliches Gebot. Aber es darf sich hier nicht nur um formale Entscheidungen handeln. Es dürfte auch in der sogenannten bekennenden Kirche genügend Geistliche gegeben haben, die zwar nicht Mitglieder der NSDAP gewesen sind, aber doch ihrem ganzen politischen Herkommen nach deutschnational und militaristisch, wenn nicht gar alldeutsch gewesen sind und deshalb nicht nur vom Standpunkt des demokratischen Staates aus, sondern auch vom religiös-christlichen nicht unschuldig an der Entwicklung sind, die zur Machtergreifung Hitlers geführt hat.

In einem sehr interessanten Artikel der „Baseler Nationalzeitung“ unter der Überschrift „Die wahre Lage der deutschen Kirche“ setzt sich der Schreiber des Artikels mit der bekennenden Kirche auseinander und schreibt wörtlich folgendes:

„Die politische Vergangenheit vieler Geistlicher dieser Gruppe der bekennenden Kirche erregt immerhin Bedenken. Sie kommen aus jedenfalls monarchistischen und alldeutschen Kreisen, sie waren sämtlich scharfe Gegner der Systemzeit und überschütteten die Männer von Weimar mit Hohn und Spott. Sie tobten gegen den Schandvertrag von Versailles, machten sich über den bescheidenen Sattler Ebert lustig, ließen aber dem frech auftretenden Anstreicher Hitler in den 20er Jahren ihre Reverenz zukommen. Sie protestierten nicht gegen den Antisemitismus oder die antibolschewistische Marotte des Führers und rückten erst nach der Machtergreifung, der Verdrehung Hindenburgs unter Fälschung seines Testaments von ihm ab. Ihre Augen öffneten sich etwas spät, aber sie nahmen dann eine sichere und meistens tapfere Haltung ein, die durchaus achtenswert ist... Die stets antidemokratische und antisozialistische Bekennende Kirche hat also nicht das Monopol des Widerstandes gegen das Regime... Wenn die Bekenntniskirche heute auf sämtliche Ämter Anspruch macht, wenn sie positive private Theologieschulen, wie in Elberfeld, einrichtet, wenn sie das Erscheinen historisch-kritischer, wissenschaftlicher Bücher zu verhindern sucht, wenn sie die Frei-

sinnigen als politisch unzuverlässig verdächtigt, so sind das Manöver, die unhaltbar werden, sobald einmal das Kirchenvolk aus seiner Lethargie erwacht ist und wieder selbständig denken gelernt hat."

An einer anderen Stelle:

„So hat man zum Beispiel Bischof Wurm in Stuttgart offen der Laubheit angeklagt und ihm nicht vergessen, daß er junge und alte Kollegen in den Volkssturm gedrängt hat, wo sie dann als unwürdige Mitkämpfer von Himmler nach Hause geschickt wurden.“

Ich glaube, wer die Entwicklung einigermaßen verfolgt hat, wird keine Ursache haben, diesen Ausführungen zu widersprechen. Sie sollten für uns, wie überhaupt für die ganze Öffentlichkeit, eine Mahnung sein, dieser Entwicklung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Nicht nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit, die den Mißbrauch einer Staatskirche zu politischen Zwecken so offenkundig gemacht haben, sondern auch aus der Vergewaltigung der Kirche in der Hitlerzeit heraus erheben wir die Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat. Ich habe nicht ohne Absicht den Abgeordneten v. Beißler mit seiner Rede aus der Frankfurter Nationalversammlung 1848 erwähnt. Er hat damals darauf hingewiesen, es sei notwendig, daß die Kirche ihre Verfassung ändere, wenn sie sich wirklich in den demokratischen Staat einbauen wolle. Ich glaube, die völlig veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch einen Strukturwandel in der Kirche verursacht, wenn er sich auch noch nicht positiv ausgewirkt hat. Ich meine aber, nur eine Kirche, die unabhängig von der Staatsmacht ihre inneren Angelegenheiten selbständig ordnet, indem das Kirchenvolk, das immerhin doch hellhörig geworden ist, auch selbständig demokratisch entscheiden kann, kann ungestört und ungehindert ihr gottesdienstliches Leben entfalten und damit auf ihrem ureigensten Gebiet wirksam werden. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen die Kirchen — diese Auffassung ist in unserem Verfassungsentwurf niedergelegt — nach ihrer Tradition noch weiter ihre von alters her überkommenen Privilegien behalten, aber sie werden nicht mehr das Vorrecht haben, als dominierender Faktor von sich aus maßgeblich über Angelegenheiten, die nur dem Staat und Parlament vorbehalten sind, zu entscheiden. Sie werden mit ihrem großen Ideen- und Geistesgut ein integrierender Bestandteil der deutschen Demokratie im Wiederaufbau sein, aber auf keinen Fall mehr Werkzeug einer reaktionären, kriegstreiberischen Macht. Aus den politischen Fesseln gelöst, werden die Kirchen endlich frei sein und sich ihren ureigensten Aufgaben widmen können.

Ich glaube, daß ich damit aus der Vergangenheit heraus und nach den geschichtlichen Erfahrungen, namentlich der beiden letzten Weltkriege, unsere Stellung zu Staat, Kirche und Religion umrissen habe, wie sie auch in unserem Verfassungsentwurf ihren klaren und eindeutigen Niederschlag

gefunden hat. Aber meine Darstellung wäre nicht vollständig, würde ich nicht auf eine Erscheinung hinweisen, die unsere Beachtung im höchsten Maße verdient. Wir Deutsche sind durch die hermetische Abschließung von der Welt gewohnt, nur den engsten Umkreis um uns zu sehen und zu beurteilen. Aber in der Weltkonstellation der politischen Kräfte, die miteinander ringen und nach der Vorherrschaft drängen, ist Deutschland, so wie es sich uns heute darstellt, nur eine Einflußsphäre, und es ist deshalb verständlich, daß auch hier bei uns die verschiedensten Kräfte und Mächte von außen her wirksam werden, um das wirtschaftliche, politische und auch kulturelle Gesicht des neuen Deutschland zu formen.

Ich möchte deshalb in dieser Darstellung auf eine Erscheinung hinweisen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit unserem Thema steht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zum Beispiel die katholische Kirche als internationale Organisation den Zeitpunkt für eine große politische Offensive in der ganzen Welt für günstig hält. Auf diesen Umstand hat Otto Grotewohl besonders aufmerksam gemacht. Es sind zweifellos zwei wichtige Tatsachen, die den Vatikan dazu ermutigen:

1. der ökonomisch-soziale Bankrott des Liberalismus, an den die Kirche in den letzten 150 Jahren so viel Boden verloren hatte,
2. der Abscheu in der ganzen Welt gegen die reaktionären, weltlich-totalitären Regierungen mit ihrer Staatsvergottung in einer Zeit, in der Millionen von Menschen den Nationalismus gründlich satt haben, sich aber gleichzeitig im Interessennetz der nationalen Wirtschaft gefangen sehen.

Es ist deshalb nicht bedeutungslos, wenn wir jetzt eine erhöhte Aktivität des Vatikans mit seinen vielsprachigen Radiobotschaften, Hirtenbriefen und Anweisungen an die Gläubigen in allen Ländern feststellen. Wir bemerken auch eine besondere Regsamkeit in der Schaffung modernisierter katholischer demokratischer Parteien in vielen europäischen Ländern. Allerdings beschränkt sich diese gesteigerte Wirksamkeit fast nur auf jene demokratischen Länder, die einen starken katholischen Bevölkerungsanteil aufweisen, und so wird diese Erscheinung besonders in West- und Mitteleuropa bedeutungsvoll. Auch bei uns in Deutschland ist das zu bemerken. Fast in allen diesen Ländern ist der Katholizismus die wichtigste Regierungspartei, und es ist interessant, die Modernisierung dieser Parteien nach drei Gesichtspunkten festzustellen:

1. in der Annahme der Demokratie als Betätigungsgrundlage unter aktivem Eintreten für das Frauenwahlrecht;
2. in dem feierlichen Abrücken vom Klerikalismus, d. h. das bewußte Zurückziehen geistlicher Würdenträger in den Parteien, und
3. — das ist für uns Deutsche besonders interessant — im Bekenntnis zur Wirtschaftsplanung, im Akzeptieren der Verstaatlichung der

Schlüsselwirtschaft und in der Propagierung eines religiösen Sozialismus, wie das zum Beispiel in Deutschland auf der Godesberger Tagung der CDU geschehen ist.

Die Frage ist deshalb für uns bedeutungsvoll, weil klarzustellen ist, wo der Unterschied zwischen den christlich-demokratischen Parteien und den demokratisch-sozialistischen Parteien liegt. Es handelt sich immerhin um die gemeinsame Aufbauarbeit in einem neuen Deutschland, das ein vollkommen anderes Gesicht tragen soll. Ich sehe dabei vollkommen von der Erörterung weltanschaulicher Dinge ab, die dabei keinen prinzipiellen Gegensatz zu bedeuten brauchen. Die Abgrenzung liegt für uns hier darin, daß der christliche Sozialismus, wie ihn die CDU propagiert, kein Sozialismus ist, sondern nur ein Linderungs-, wenn nicht gar ein Betätigungsmittel. Bestenfalls erstrebt er Reformen, die aber keinesfalls eine Ablösung der kapitalistischen Ordnung durch eine sozialistische bedeuten. Denn diese christliche Demokratie wird überall dadurch gekennzeichnet, daß sie trotz ihrer pseudo-sozialistischen Tarnung prinzipiell für die Autorität der führenden Schichten und vor allem für die Autorität des Eigentums an den Produktionsmitteln eintritt.

Dieser Sozialismus christlicher Prägung wird eigentlich nur noch in der Ostzone durch Jakob Kaiser propagiert¹, während er in der CDU des Westens unter der Führung Adenauers durch die hochkapitalistischen Einflüsse fast völlig zurückgedrängt ist. Der Katholizismus hat es also in den westlichen und südlichen Zonen des Reiches kaum noch nötig, sich mit dem Feigenblättchen des religiösen Sozialismus zu bedecken, und tritt ohne diese Dekoration in voller Nacktheit nüchtern und brutal in seiner politischen und wirtschaftlichen Zielsetzung hervor.

Ich begnüge mich mit diesen kurzen Andeutungen, die uns zeigen, daß der alte Machtwille und das Machtstreben, wenn auch in veränderter Form und unter veränderten Verhältnissen, in der Kirche noch immer lebendig ist.

Allerdings zeigen sich auch in der Kirche, und zwar sowohl in der evangelischen als in der katholischen, Bestrebungen, die beweisen, daß man die Toleranz richtig auffaßt und daß man erkennt, daß Religion und Christentum sehr wohl in der Lage sind, beim Neuaufbau des demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Wir haben in unseren Reihen und auch hier in unserem Kreise Theologen des evangelischen Bekenntnisses, die — das darf ich ohne ein besonderes Lob aussprechen — mit allem Eifer und aller Überzeugung auf dem Boden des Marxismus und unserer Weltanschauung für unser Ziel, für den Sozialismus kämpfen, wirken und arbeiten. Wir glauben wohl, daß sie keinen leichten Stand haben. Es kommt auch wohl nicht von ungefähr, daß sich auch in der katholischen Kirche solche Kräfte regen, wenn sie sich natürlich auch bei dem ganzen inneren Aufbau dieser Kirche

¹ Auf der Parteitagung der CDU in Berlin am 6. September 1947 hat Jakob Kaiser diesen Begriff fallen lassen.

viel schwerer gegenüber der Hierarchie durchzusetzen vermögen, die nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Menschen streng bindet. Wir haben z. B. davon Kenntnis bekommen — es ist auch zum Teil durch die Presse gegangen —, daß im Westen Deutschlands, und zwar in Aachen, ein Dominikaner eine immerhin bedeutende und aufsehenerregende Rede auf einer Kundgebung der katholischen Männerwelt gehalten hat, in der er sich mit dem großen Zeitproblem des demokratischen Aufbaus und des Sozialismus in Deutschland auseinandergesetzt hat. Dabei hat er ausgeführt, daß es nach seiner Auffassung vier Möglichkeiten der Entscheidung gibt, zwischen denen man wählen müsse:

„Die kapitalistische Anarchie nach dem Motto: Rette sich wer kann!
Die faschistische Diktatur, in der nur einige wenige Anteil an den
Lebensgütern haben,
den Sozialismus, der allein eine neue Zukunft bauen kann,
oder die Flucht in die Linie des geringsten Widerstandes, d. h. Er-
haltung des Kapitalismus und allmähliche Umformung in den sozialen
Staat.“

Aber hier ist, wie er sehr drastisch ausführte, der alte Teufel unter dem Barett wieder im Spiel, der das Christentum als Vorspann für den kapitalistischen Wagen benutzt. Der alte liberale Kapitalismus sei heute stärker denn je; seine Vertreter gebärdeten sich als Christen, aber ihr Gott sei der Bauch und die Kirche ihr Kabarett.

Dieser Dominikaner hat dann erklärt: **„Der Marxismus war der bisher stärkste Impuls zur Befreiung der Arbeiterklasse.“** Ich glaube, wir dürfen dieses Kompliment dankbar akzeptieren, denn es ist immerhin von einem Geistlichen in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden. „Aber es darf nicht sein“, so führte er weiter aus, „daß der Parole des Kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! demnächst der Ruf folgt: Generaldirektoren aller Länder, vereinigt Euch! Die Klubsessel müssen aus der Tafelrunde der sozialen Gemeinschaft heraus. Das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen. Es kommt darauf an, daß die alten geistigen Stacheldrahtverhaue und Schützengräben zwischen Christentum und Sozialismus beseitigt werden.“

Man kann zu dieser Rede stehen wie man will. Ich kann nach ihrem Wortlaut und den darin gebrauchten drastischen Ausdrücken und ihrer ganzen Tendenz nicht schließen, daß sie etwa eine geschickte Tarnung sei, um die Massen abzulenken. Sie scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß auch in der katholischen Kirche Kräfte lebendig sind, die darauf hinarbeiten, diesen gewaltigen großen Organismus aus der Verstrickung zu lösen, in der er sich solange befunden hat, und ihn der Demokratie, dem Neuaufbau der Welt und schließlich auch dem Sozialismus dienstbar zu machen. Was ich vorhin sagte und andeutete, das klingt aus dieser Rede des Paters Gilbert an; in der Zielsetzung gleich, muß es möglich sein, wenn beide sich

auf ihr ureigenstes Gebiet beschränken, daß die sozialistische Bewegung wie die Kirche, das Christentum und die Religion gemeinsam daran arbeiten, ein neues Deutschland aufzubauen, ohne sich dabei zu bekämpfen. Deshalb sollten wir nichts unterlassen, um von uns aus die Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit und zur Toleranz zu betonen.

Nur wenn es gelingt, bei den Beratungen über die neue deutsche Verfassung die Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen, wird es zu verhindern sein, daß das Kirchtum sich der Staatsmacht bemächtigt oder umgekehrt die Staatsmacht die Kirche als billiges Werkzeug für reaktionäre Zwecke mißbraucht. Wir sind der Meinung, daß die Kirche um so mehr Vertrauen zum Christentum zurückgewinnen kann, je mehr sie sich auf ihre ureigenste Aufgabe besinnt, d. h. sich aus den früheren Bindungen löst und frei wird.

Ich habe mit meinen Darlegungen unsere Stellung zur Religion und zur Kirche umschrieben. Ich weiß, daß unsere Stellungnahme dabei nicht allein maßgebend ist; denn wir sind nur ein Partner. Die künftige Entwicklung wird nicht nur von unserem guten Willen abhängig sein, sondern auch von dem Verhalten der Kirche und der Konfessionen zur Demokratie überhaupt, zum ganzen Problem der Erneuerung und zur Frage des Sozialismus. Wir können deshalb nur wünschen, daß die demokratischen Kräfte nach den furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit in den Kirchen stark genug sind und sich genügend durchsetzen können, um die schon wieder ihr Haupt erhebende Reaktion nicht in der Kirche allein, sondern überall in Deutschland zu bekämpfen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einem Zusammenwirken mit allen Kräften bereit, auch mit der Kirche im Zeichen demokratischer Toleranz und gegenseitiger Achtung. Die Aufgaben der beiden Organisationen, in denen sich so weltumspannende Ideen verkörpern, liegen auf verschiedenen Gebieten, aber in ihrer Lösung sollten sie das gleiche Ziel haben. In diesem Sinne hat die Sozialistische Einheitspartei in allen ihren offiziellen Auslassungen ihren Willen zur Bereitschaft und zur Mitarbeit, zur Toleranz bekundet, um so ein wirklich neues, demokratisches Deutschland aufzubauen. Darin liegt keine Schwenkung und keine Tarnung, sondern es ist das nur das Festhalten an einem alten demokratischen Grundprinzip, zu dem wir auch heute noch stehen und das wir mit Fug und Recht jederzeit vor den Massen der Bevölkerung und auch vor der Kirche vertreten können.

Aussprache

Diesem Vortrag folgte eine Aussprache, die wir in ihren wesentlichsten Teilen wiedergeben.

Dompfarrer Kleinschmidt (Schwerin): Gen. Otto Meier hat eindringlich und warmherzig den Standpunkt der Toleranz vertreten. Und ich

stehe nicht an, zu erklären, daß ich mich über dieses so temperamentvolle Eintreten für die Toleranz außerordentlich gefreut habe; daß ich aber andererseits noch niemals in meiner immerhin 20jährigen Zugehörigkeit zur sozialistischen Bewegung Veranlassung gehabt habe, an der Redlichkeit dieses Willens zur Toleranz zu zweifeln. Dieser vom Gen. Meier betonte Wille zur Toleranz begegnet im Raume, wo hart die Sachen sich stoßen — und das kann auch der Raum sein, in dem die Gedanken wohnen —, dem von Gen. Ackermann eindrucksvoll und klar zum Ausdruck gebrachten Willen zur Wahrheit. Er hat unüberhörbar dargetan, daß dieser Wille zur Wahrheit dem Willen zur Toleranz gewisse Grenzen zieht. Nun hat der Gen. Meier in seinem Referat den Versuch gemacht, einen Weg zu zeigen, auf dem der Wille zur Toleranz und der Wille zur Wahrheit nun nicht zu einer freundlichen Begegnung kommen können, sondern gewissermaßen aneinander vorbeizulaufen vermögen, ohne sich auch nur zu streifen, so daß es zu Konflikten eigentlich gar nicht zu kommen brauche, weil Staat bzw. Sozialistische Einheitspartei einerseits und Kirche und Christentum andererseits sich auf völlig verschiedenen Daseinsebenen bewegen. Wenn nun die Grenze zwischen diesen beiden Ebenen respektiert und eingehalten werde, könnte es überhaupt nicht zu Reibungen kommen. Es kommt also im Grunde genommen nach des Gen. Meier Meinung nur darauf an, die gegenseitigen Hoheitsrechte und Grenzen zu respektieren.

Man kann nicht von „Religion“ und „Christentum“ sprechen, als ob es dabei gar keine Unterschiede gäbe. Das Wesen des eigentlichen Christentums und sein Unterschied gegenüber seinen religiösen Vorläufern ist gerade sein stürmischer Drang nach Verwirklichung, nach konkreter aktueller Verwirklichung der humanitären und sozialen Grundsätze des Christentums in der Welt, nach ihrer Verwirklichung in der Geschichte. Wenn dann im Laufe der Geschichte des Christentums dieser Drang „nach innen geschlagen“ ist oder sich ins Jenseits verflüchtigt hat oder dahin abgedrängt worden ist, so ist das eben ein Teil der Tragödie des Geistes in Europa und vorzugsweise in Deutschland, für die A b u s c h in seinem Buch „Irrwege einer Nation“ oder B e c h e r in „Erziehung zur Freiheit“ so eindrückliche Beispiele gegeben haben. Wo aber wirkliche Christen zu wirklichen und überzeugten Sozialisten geworden sind, da sind sie es geworden oder werden sie es aus demselben urchristlichen Drange nach Verwirklichung der sozialen und humanitären Grundsätze des Christentums.

Solche bewußten Christen, die zu bewußten Sozialisten geworden sind, können sich nun unmöglich damit einverstanden erklären, daß die Trennung von „Diesseits und Jenseits“, von „Leib und Seele“ nun als der sozusagen christliche Normalzustand anerkannt und damit verewigt wird. Diese Trennung hat der Kirche die Möglichkeit gegeben, den Drang ihrer eigenen Angehörigen nach Verwirklichung der humanitären und sozialen Grundsätze

des Christentums auf das Jenseits zu vertrösten und im Diesseits ihre politischen Geschäfte mit der Reaktion zu betreiben. Die Scheidung der Welt und des Lebens in verschiedene, getrennt voneinander existierende Daseinsebenen ist ebenso unchristlich wie unmarxistisch.

Das zweite, was ich sagen möchte, knüpft an eine Äußerung des Gen. Anton Ackermann an, in der er ausdrücklich feststellt, daß Karl Marx und Friedrich Engels Atheisten gewesen sind, und daß man es dabei bleiben lassen sollte. Kein Zweifel, daß der Versuch einer posthumen Bekehrung von Marx und Engels unstatthaft ist. Die Frage ist aber, ob dieser Atheismus von Marx und Engels sozusagen Privatsache von Marx und Engels war, wie heute religiöse Entscheidungen Privatsache jedes Mitgliedes der SED sind, oder ob der Atheismus von Marx und Engels ein wesentlicher Bestandteil des Marxismus ist. Ich meine, daß auch der Atheismus, ja auch der marxistische Atheismus, sich eine marxistische Analyse gefallen lassen muß. Muß — marxistisch betrachtet — der Atheismus nicht angesehen werden als die ideologische Widerspiegelung zunächst des bürgerlichen Klassenkampfes gegen die feudale Gesellschaft, die ja mit der Kirche auf das engste verbunden war, und dann als ideologische Widerspiegelung des proletarischen Klassenkampfes gegen eine völlig verbürgerlichte Kirche? Ich stelle das zur Diskussion. Soweit der philosophische Atheismus oder, genauer ausgedrückt, der philosophische Materialismus ein wesentlicher Bestandteil des Marxismus ist, ist er als die geistige Gegenbewegung gegen den philosophischen Idealismus zu verstehen, mit dem das Christentum nicht nur von seinen Gegnern, sondern auch vom größten Teil seiner Anhänger, ja selbst von sozialistischen Anhängern des Christentums identifiziert wird.

Die dritte Frage, die ich in diesem Zusammenhang stellen möchte, ist die, ob die Verbindung zwischen Christentum und philosophischem Idealismus wirklich im Wesen des Christentums begründet ist, ob sie unaufgebbar ist, ja ob sie überhaupt nur vom Standpunkt des Christentums aus dogmatisch zu rechtfertigen ist. Hier lassen Sie mich nun einiges nicht als religiöser Sozialist oder Mitglied der SED, sondern einfach als Theologe sagen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß im Urchristentum der stürmische Drang nach Verwirklichung sozialer und humanitärer Ideen wirksam gewesen ist. Aber er war ein utopischer Wille zu einem Reich des Friedens und der Gerechtigkeit, ein Wille, der an den harten gesellschaftlichen und ökonomischen Tatsachen der damaligen Welt scheitern mußte. Die Folge dieses Scheiterns war ein tiefer Pessimismus. In diesem Stadium der Ernüchterung und Enttäuschung begegnet das Christentum der Philosophie des Neuplatonismus mit seiner grundsätzlichen Scheidung von Seele und Leib, von Himmel und Erde, die durchaus nicht eigentlich christlich ist, sondern aus der heidnischen Philosophie des Neuplatonismus stammt. Diese Philosophie gab die Möglichkeit, den im Anschluß an das Scheitern des ur-

christlichen Chiliasmus¹ aufkommenden Pessimismus philosophisch und theologisch zu begründen. Diese geistige Auseinandersetzung hat Jahrhunderte gedauert und sich oft in außerordentlich scharfen Formen abgespiegelt. Eine ganze Fülle von Formulierungen des Neuen Testaments, der Paulinischen Briefe, ist in ausgesprochener Gegnerschaft gegen den Neuplatonismus geprägt worden, und zwar insbesondere gegen die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele, die durchaus nicht neutestamentlich ist, sondern verhältnismäßig spät ins Christentum eingedrungen ist. Wenn im Apostolischen Glaubensbekenntnis, das in der ersten Hälfte des vierten nachchristlichen Jahrhunderts entstanden sein dürfte, nicht von der „Unsterblichkeit der Seele“, sondern von der „Auferstehung des Fleisches“ die Rede ist, so ist in dieser bewußt (ich möchte sagen) *m a t e r i a l i s t i s c h e n* Formulierung der leidenschaftlichste Protest gegen die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele angemeldet, und dieser Protest ist durchaus antiidealistisch. Das Neue Testament hat eine Anthropologie, die den Menschen als Einheit sieht, als eine Einheit mit verschiedenen, und zwar leiblichen, seelischen und geistigen Funktionen, während der Neuplatonismus die Zweiheit von Leib und Seele lehrt, die in einem Wesensgegensatz zueinander stehen. Dieser Neuplatonismus hat das Christentum später durch seine Anthropologie völlig idealisiert. Das ist jedoch kein Grund für überzeugte Christen, diese Entartung des Christentums durch den Neuplatonismus zu verewigen. Wenn wir als religiöse Sozialisten eine Auffassung vom Menschen vertreten, die ihn nicht als Zweiheit, sondern als eine *E i n h e i t* mit verschiedenen Funktionen sieht, so passen wir uns damit nicht irgend welchen neuen Auffassungen an, oder tun es, um unsere Zuverlässigkeit als Mitglieder der SED damit zu bekunden, sondern weil es unseren eigenen theologischen und christlichen Überzeugungen vollkommen entspricht. Soviel zum Grundsätzlichen!

Dann noch etwas zu einem taktischen Problem! Gen. Meier hat sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß der sogenannte Antifaschismus der heutigen Kirche immerhin mit einem Fragezeichen versehen werden müsse. Ich möchte diese Ausführungen energisch unterstreichen und sagen: wenn wir uns nicht Mühe geben, hier wirklich den historischen Sachverhalt aufzuklären, so können uns Überraschungen von seiten dieser sogenannten Antifaschisten der Kirche her drohen. Der kirchliche Kampf war *n i c h t* antifaschistisch, wenn er auch antifaschistische Wirkungen hatte. Es war ein kirchlicher Selbstbehauptungskampf, der mit politischer Zustimmung zu den Zielen des Faschismus — abgesehen von seinen kirchlichen — durchaus zu vereinen war. Es gibt hundert Beispiele dafür.

Heute beliebt man diesen Kampf, der von Ende 1933 bis zum Beginn des Krieges geführt wurde und den man dann im Interesse der „nationalen Ein-

¹ Die schwärmerische Hoffnung auf ein tausendjähriges Reich der Glückseligkeit.

heit" und des „Endsieg" zurückstellen zu müssen glaubte, als gegen den Nationalsozialismus als solchen gerichtet und damit als antifaschistische Aktion darzustellen. Wenn wir das so durchgehen lassen, machen wir der Reaktion in der Kirche ein derart handfestes gutes Gewissen, daß man dort auf unsere Argumente überhaupt nicht mehr hören wird und die mehr oder weniger aktive Förderung des Faschismus durch die Kirche vor 1933 völlig in Vergessenheit gerät. Wir haben uns als religiöse Sozialisten, die wir in Deutschland immerhin auch schon auf eine, wenn auch nur kurze Geschichte zurückblicken können, die größte Mühe gegeben, vor 1933 die Kirche auf die ungeheuren Gefahren hinzuweisen, die ihr selbst vom Nationalsozialismus her drohen, und wir haben sie auf die unabdingbare Verpflichtung hingewiesen, als Vertreterin des Christentums gegen die christentumsfeindlichen Grundsätze des Nationalsozialismus rechtzeitig und energisch zu protestieren. Wir haben damit aufs fürchterlichste Schiffbruch erlitten, weil wir zu wenige waren und innerhalb der Kirche kein Echo fanden. Das kann man einmal damit erklären, daß die Bindung der Kirche an die Reaktion außerordentlich stark war, andererseits ist es in einem Tatbestand begründet, der uns jederzeit wieder gefährlich werden kann, wenn wir nicht die richtigen taktischen Folgerungen daraus ziehen. Es ist zweifellos so, wie Gen. Meier gesagt hat, daß nicht nur eine überwältigende Mehrzahl der Staatsbürger Mitglied einer christlichen Kirche ist, sondern auch die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder unserer Partei einer Kirche angehört. Aber in dem Augenblick, wo ein Kirchenmitglied Mitglied der SED wird, hat es mitunter ein schlechtes Gewissen — und das ist in diesem Zusammenhang das Wesentlichere — gegenüber der eigenen Partei. Das führt dann dazu, daß der Betreffende zwar nominell der Kirche angehört, sich aber in gar keiner Weise mehr um sie oder ihre internen Angelegenheiten kümmert. Damit fällt eine ungeheure Zahl von Sozialisten oder von Mitgliedern der SED, die in der Kirche sind, für die ganze innerkirchliche Auseinandersetzung vollkommen aus, so daß es heute immer noch so ist wie vor 1933, daß die Reaktion in dem Augenblick vollkommen unter sich ist, wo sie den Kirchenraum betritt.

Es ist auch heute so, daß es in der Kirche Kräfte gibt, die sich ehrlich um die Demokratisierung der Kirche bemühen, d. h. sie darauf aufmerksam machen, welche unabweisbaren Pflichten ihr bei Ernstnehmen ihrer eigenen Verkündigung aus der heutigen Situation erwachsen. Aber wir predigen tauben Ohren und finden verhältnismäßig wenig Echo, weil auch heute die große Zahl unserer Mitglieder, die kirchlich organisiert sind, von ihren kirchlichen Rechten keinen Gebrauch macht. Es ist so, daß, wenn in irgendeiner kirchlichen Körperschaft, im Kirchengemeinderat oder in der Synode ein, zwei oder drei Mitglieder aus unserer Partei sitzen, damit bereits jede reaktionäre Tätigkeit dieser kirchlichen Körperschaft paralyisiert werden kann. Die ungeheuren positiven Möglichkeiten aber, die mit diesem Riesenapparat gegeben sind, um die Demokratie in Deutschland zu vertiefen, werden

nicht ausgenutzt, solange nicht die Mitglieder unserer Partei, die einer Kirche angehören, von ihren kirchlichen Rechten Gebrauch machen.

Ich möchte also das, was ich zu den Ausführungen des Gen. Meier zu sagen habe, damit abschließen, daß ich sage: alles das, was er uns hier über die in der Gegenwart notwendige Haltung der Kirche und über die Möglichkeit eines Beitrages zur Demokratisierung gesagt hat, läßt sich nur dann realisieren, wenn sich eine größere Anzahl von Genossen bereift findet, von ihren kirchlichen Rechten einen wirklich a k t i v e n Gebrauch im kirchlichen Leben zu machen.

Direktor Kürschner (Berlin) geht ein auf die Frage der theoretischen Haltung der k a t h o l i s c h e n Kirche, aus der heraus sich ihre Praxis gestaltet. Das steht auch etwas im Zusammenhang mit der Haltung bestimmter evangelisch-kirchlicher Kreise, die sich mit den Katholiken ja nicht nur in Berlin, sondern auch draußen weithin zusammengefunden haben.

Wenn wir diese Haltung politisch analysieren, so können wir sagen, daß, wenn dort auch (besonders in evangelischen Kreisen) vom religiösen oder christlichen Sozialismus geredet wird, in Wirklichkeit etwas ganz anderes gemeint ist, jedenfalls von den Massen der Wähler und von den Vertretern des Kirchentums, die mit der CDU in Verbindung stehen: es ist nämlich im Grunde eine vorkapitalistische Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, der sie nachtrauern. Das ist kein Zufall: die katholische Kirche (und auch die Kirche des Luthertums) entstand ja in der Zeit, wo die mittelalterliche feudale Gesellschaft noch lebendig war, und die Reste dieser feudalen Gesellschaft existieren immer noch bei uns, und wo sie am stärksten vorhanden sind, ist auch die Richtung der CDU und ihrer Schwesterparteien am stärksten vertreten.

Wenn zwei dasselbe sagen, ist es nicht immer dasselbe. Jene wenden sich nur gegen bestimmte Formen des Kapitalismus; aber wenn man genau zuseht, ist ihr Ideal eine gewisse p a t r i a r c h a l i s c h e Fürsorge für die Notleidenden und Elenden, wie sie die Caritas oder die Innere Mission betreiben. Etwas anderes ist die Konsequenz einer sozialistischen Weltgestaltung über den Kapitalismus hinaus, wie wir sie erstreben. Es ist kein Zufall, daß in einer Zeit, wo große Teile des Großbürgertums verarmt sind, sie sich in die vorkapitalistische Zeit zurücksehnen und diese Zeit und ihre Anschauungen romantisieren. Das ist das, was fälschlicherweise „christlicher Sozialismus“ in den Kreisen der CDU genannt wird. Das haben wir in unseren Auseinandersetzungen mit diesen Kreisen dauernd zu entlarven und dürfen uns nicht täuschen lassen, wie es mir wiederholt begegnet ist, wenn gesagt wird: „Der und der Pfarrer ist bestimmt ein Sozialist; er hat dies und das gesagt!“ Das waren nur antikapitalistische Äußerungen, wie sie uns aus der Zeit des Frühkapitalismus bekannt sind und von ganz konservativen, ja reaktionären Leuten damals gegen den aufkommenden Kapitalismus geäußert und gemünzt wurden.

Sehr deutlich wird das auch bei der römisch-katholischen Kirche, die ja in ihrer Dogmatik einheitlich geschlossen ist und auch eine Sozialethik herausarbeitet. Ich muß immer wieder mit Bedauern feststellen, daß auch in unseren Kreisen eine wichtige Enzyklika des Papstes Pius XI., nämlich die „Quadragesimo anno“ vom Jahre 1931, einfach nicht gekannt oder, wenn jemand den Namen weiß, nie gelesen wird. Diese Enzyklika ist meines Wissens niemals von der Kurie widerrufen worden, und in ihr ist ausführlich dargelegt, wie die katholische Kirche sich damals, vertreten durch ihren Papst, die Sozialordnung dachte. Dort wird ausdrücklich gesagt und immer wieder eingepreßt: Die katholische Kirche lehnt die kapitalistisch-liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ab, sie lehnt aber ebenso scharf jede sozialistische Gestaltung ab, sowohl in der Form des Revisionismus als auch in der Form des Kommunismus, auch wenn dieser Sozialismus die Religionsfeindschaft aufgibt und als religiöser Sozialismus auftritt. Immer wieder ist aufs schärfste die Verbindung des katholischen Christentums mit jeder Form des Sozialismus verwehrt, andersdenkende Katholiken hätten sich dorthin nur verirrt. Die Kirche hat ihr eigenes Programm, das auf eine korporative Gestaltung der Welt hinausläuft. Es ist kein Zufall, daß das im Jahre 1931 veröffentlicht wurde. Es ist eine ständisch aufgebaute Welt, eine Welt, in der es Syndikate der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt, die in einer Korporation zusammengefaßt sind, wo ein staatlicher Schlichter bei Wirtschaftskämpfen den Ausschlag geben kann, denn es herrscht selbstverständlich Streikverbot. In einem Lande hätte man die Gesellschaftsordnung so aufgebaut, in Italien, nur wünscht Rom eine kleine Korrektur, man bedauerte, daß nur eine Partei, die faschistische Partei, die ganze Staatsgewalt hatte. Man wünschte vielmehr eine Mitbeteiligung des katholischen Klerus, der seine Fachorganisation in der Arbeiterschaft aufgebaut hat.

Ich empfehle dringend, diese Enzyklika zu studieren. Sie hat nicht nur theoretische Bedeutung; denn auf ihrer Grundlage entstand der Austro-Faschismus, die Organisation des faschistischen Portugals, Franco-Spaniens und des slowakischen Staates. Das ist alles durchaus durchdacht: es ist der sogenannte Solidarismus im ausgeprägten Gegensatz zum Kapitalismus und Sozialismus. Wenn man die Äußerungen des letzten Papstes, wie sie auch in der Presse berichtet wurden, zu diesem Thema liest, so kann man es verstehen, daß kein allzu großer Unterschied zu den Äußerungen des Jahres 1931 vorhanden ist. Es ist gar kein ungeschicktes Programm. Man braucht nicht mehr die faschistische Partei einzusetzen; stattdessen gibt es die Christlich-Demokratischen Parteien in den Westländern, die diese Ordnung vertreten; und die Autorität, die alles international zusammenfaßt, ist die katholische Kirche. Es ist schon eine Sozialethik und ein Programm, das eine Anziehungskraft ausübt, beispielsweise wenn dort gefragt wird: „Wie löst man die soziale Frage?“ — Antwort: „Dadurch, daß man mehr Leute am Besitz beteiligt!“ Man schließt auch nicht den Be-

sitz an Produktionsmitteln aus, sondern erklärt nur diesen Besitz mit Verpflichtungen verbunden. Andererseits müßte der Arbeiter lernen, daß große Lohnsteigerungen auch Arbeitslosigkeit im Gefolge haben könnten und dergleichen mehr. Es ist also ein Programm, das Leute werben kann, die den Sprung über den Graben zum Proletariat hin nicht wagen, zu dem sie klassenmäßig, ihrer ökonomischen Lage nach, gehören, die aber auf der anderen Seite auch nicht ohne weiteres Kapitalisten sein wollen.

Ich möchte deshalb darauf hinweisen, daß es unsere Pflicht ist, gegenüber solchen Äußerungen recht wachsam zu sein. Kommen sie aus reaktionären Kreisen der katholischen Kirche, so müssen wir sagen: „Das ist kein Sozialismus!“ Darin hat Gen. Meier durchaus recht: Man muß es immer wieder gegenüber jenen Versuchen sagen, mit dieser Parole Leute, die eigentlich zu uns gehören, für die CDU einzufangen. Andererseits müssen wir sehen, ob es möglich ist, auch solche Leute bei uns zu Wort kommen zu lassen, die versuchen, sich innerhalb der katholischen Kirche durchzusetzen. Die katholische Kirche hat ja eine eigenartige „Dialektik“. Sie kann dogmatisch außerordentlich starr und unerbittlich sein, aber mit tatsächlichen Machtfaktoren weiß sie sich auch wieder elastisch abzufinden. Man sollte also versuchen, innerhalb der katholischen Bevölkerungskreise die positive Arbeit unserer Partei wirkungsvoll herauszustellen, ohne sich aber sonst irgendwie mit den dogmatischen Vorstellungen der Katholiken auseinanderzusetzen.

Im Gegenteil, man wird den katholischen Arbeitern und auch den Priestern mit guten Gründen sagen, daß sie eigentlich politisch zu uns gehören. Es darf nicht so kommen wie in Österreich, wo trotz Vorhandenseins der Demokratie doch ein antisozialistischer Katholizismus durch das geschickte Sozialprogramm, das er dort entwickelt, die Macht bekommt und daß er in Frankreich zu einer ausschlaggebenden Fraktion wird.

Pfarrer Rackwitz (Berlin): Wenn man 25 Jahre lang für die Synthese christlichen Glaubens und sozialen Kampfes eingetreten ist, so hat man merkwürdige Dinge erlebt. Gen. Meier hat erwähnt, daß wir es dabei nicht leicht gehabt haben. In der Tat haben wir immer in einem Kampf stehen müssen. Gleich nach 1919 war es so, daß, ebenso wie die Sozialdemokratische Partei damals die Neutralität in religiöser Hinsicht proklamierte, auch die Kirche ihrerseits die politische Entscheidung freigab. Während also theoretisch auf beiden Seiten die Synthese möglich war, war es doch so, daß jeder, der sich zu ihr bekannte, als eine kuriose Erscheinung angesehen wurde. In der Kirche schüttelte man den Kopf über den Christen, der Sozialist war, und in der Sozialdemokratischen Partei war das umgekehrt der Fall. Man bestritt nicht unsere Berechtigung, Mitglied der Partei zu sein und mitzuarbeiten, aber man wunderte sich doch mehr oder weniger, daß man als Sozialist sich noch zum christlichen Glauben — das Wort „noch“ ist dafür typisch — bekennen konnte.

Wir haben keineswegs unseren christlichen Glauben mit dem Sozialismus gleichgesetzt. Ich folge den Darlegungen des Gen. Meier, wenn ich sage: wir waren uns des typischen Unterschiedes zwischen politischer und religiöser Haltung stets bewußt. Wir haben unterschieden zwischen dem religiösen Antrieb, der aus dem Glauben, aus dem Worte Gottes kam, das für uns als gläubige Christenmenschen das letzte Fundament und Regulativ unseres Lebens darstellt, und einer politischen Bewegung, die sich von einer wirtschaftlichen Notwendigkeit und Entscheidung aus ihrer Sendung und Aufgabe bewußt wird. Wir haben die Verschiedenheit der Motive gesehen, vielleicht auch im letzten Ziel einen Unterschied erkannt — aber wir waren der Meinung, die erfreulicherweise heute hier und auch im Programmwurf der SED zum Ausdruck kommt, daß dennoch zwischen beiden Seiten eine reibungslose Verbindung auch dann möglich ist, wenn man nicht die Trennung „Himmel und Erde“ zwischen Kirche und Politik vornimmt.

Durch die Tätigkeit der bekennenden Kirche ist auf beiden Seiten eine Veränderung eingetreten. Es ist vollständig richtig, daß man einen Fehler begeht, wenn man den Kampf der bekennenden Kirche als einen politischen Kampf oder als einen Kampf gegen den Faschismus ansieht. Das ist er nicht gewesen. Es lassen sich sehr viele und wunderliche Beispiele dafür anführen, daß die führenden Männer der bekennenden Kirche dem Nationalsozialismus politisch sehr nahestanden. Niemöller war bis 1937, also bis zu seiner Verhaftung, Mitglied der NSDAP gewesen, und andere Namen könnte man leicht hinzufügen. Dennoch hat der Kampf der bekennenden Kirche eine große politische Wirkung ausgeübt, und weil ich das sah in einer Zeit, als alle sozialistische Betätigung in der Öffentlichkeit unmöglich war, habe ich mich 1935/1936 auch entschlossen, in die bekennende Kirche einzutreten, die die einzige Stelle war, an der Hitler Schiffbruch erlitt. Es gelang ihm nicht, aus der Kirche das zu machen, was er daraus machen wollte. Weithin in der Öffentlichkeit, auch in der Partei, rückte die Kirche dadurch in ein neues Licht. Man erlebte, daß sie nicht nur eine Einrichtung ist, die sich mit dem Himmel beschäftigt, sondern auch konkrete Wirkungen auf Erden gegen eine solche satanische Macht wie den Nationalsozialismus ausüben und ein Wellenbrecher des Widerstandes genau wie der Sozialismus sein konnte. Trotz mancher Verbindungen, die sich aus dem gemeinsamen Kampf gegen Hitler ergaben, war man in der bekennenden Kirche weit entfernt von der Erkenntnis, daß der christliche Glaube aus seinem eigenen Wesen heraus zum Sozialismus führen mußte. Man kämpfte für die Freiheit der kirchlichen Arbeit und Verkündigung, also für die eigene Freiheit. Was sonst politisch in Deutschland geschah, wurde toleriert oder jedenfalls lange nicht so ernst genommen.

Wie ist es nun heute? Ich kann aus meinen Erfahrungen in Berlin sagen: es ist innerhalb der Kirche manches genau so wie früher: in der Theorie eine neutrale Stellung gegenüber allen politischen Parteien, in der Praxis aber sagt mir der Bischof Dibelius in einem Privatgespräch, es sei ihm unklar, wie sich ein evangelischer Pfarrer von Herrn Pieck in die SED überführen lassen kann. Man sieht also: wenn man ihn grundsätzlich fragen würde, würde er nicht zögern zu sagen: wir sind für alle Parteien da, aber er versteht es nicht, daß man sich als Christ einer konsequent sozialistischen Partei anschließt. Das kann man an vielen anderen Beispielen genau so zeigen.

Ich möchte nun aber ein paar Einzelheiten erzählen, aus denen ersichtlich ist, daß doch innerhalb der evangelischen Kirche heutzutage die Erkenntnis und Bereitwilligkeit, mindestens von neuem zu überlegen und die Dinge anders zu sehen, gewachsen ist. Vor 25 Jahren, als wir anfangen, wäre es undenkbar gewesen, daß ein Generalsuperintendent von Berlin öffentlich in einer Versammlung, wie es vor einigen Monaten der Fall war, einen Vortrag über die religiöse und kirchliche Lage in Rußland gehalten hätte — es handelt sich um den Generalsuperintendenten Krummacher beim Konsistorium in Berlin —, in dem er sich positiv zu den russischen Vorgängen stellt und sich mit dem Geschehen in Rußland so stark identifiziert, daß aus dem Kreise seiner Zuhörer einige dagegen protestierten, daß wir in unserer Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten Propaganda für Rußland machten. Wir hatten sie gar nicht gemacht, sondern der Generalsuperintendent des Berliner Konsistoriums. Das ist ein kleines Symptom dafür, daß doch Bewegung in die politische Haltung der Kirche gekommen ist.

So hat auch ungefähr um dieselbe Zeit in Berlin die theologische Fakultät, die weniger eine staatliche Einrichtung als eine Einrichtung der Kirche ist, sich Professor Lieb aus Basel kommen lassen, der ebenfalls offen vor der Studentenschaft und der Öffentlichkeit zwei Vorträge über Rußland hielt, die das ganze politische, kulturelle und religiöse Leben in der Sowjetunion so objektiv und so freundlich darstellten, daß ähnliche Stimmen des Widerspruchs sofort laut wurden. (Zuruf: „Der Vortrag war im Dom, wo dann zum erstenmal der Name ‚Karl Marx‘ fiel.“)

Wir religiösen Sozialisten sind nun entschlossen, wie wir es 25 Jahre lang getan haben, diese Seite der kirchlichen Entwicklung mit allen unseren Kräften zu fördern. Dabei haben wir, um die andere Seite zu erwähnen, einen Hauptwiderstand auf christlicher Seite, aber auch auf der Seite unserer Partei zu überwinden. Es wird gesagt, die Proklamation der Gewissensfreiheit und der religiösen Neutralität unserer Partei sei nicht ehrlich gemeint. Der Gen. Meier hat schon in seinem Vortrag darauf hingewiesen, daß der SED, überhaupt der sozialistischen Bewegung, der Vorwurf der

Tarnung oder der taktischen Manöver gemacht wird, wenn sie sich auf den Boden der Neutralität stelle. Leider steht neben der offiziellen Proklamation der Religion als Privatsache, neben der ganz eindeutigen Stellungnahme des neuen Verfassungsentwurfs der SED, neben der Haltung, wie sie der Gen. Meier und, wie ich weiß, das ganze Zentralsekretariat der SED einnimmt, doch hin und wieder auch eine ganz anders geartete Auffassung.

Es ist, wenn ich es kurz zusammenfassen darf, so, daß man zwar innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei eine völlige Gleichberechtigung der religiösen und der atheistischen Genossen anerkennt. Dann aber taucht immer wieder die Behauptung auf, daß für den wirklichen Marxisten die Grundlage seiner ganzen Haltung im letzten Grunde die atheistische oder die materialistische Weltanschauung sei. Wir stehen hier vor zwei Fragen, die einer klaren und deutlichen Antwort bedürfen: ist wirklich der philosophische Materialismus ein Bestandteil des Marxismus und zweitens: ist das Bekenntnis zu dem so definierten Marxismus ein Glaubenssatz, dessen Anerkennung in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gefordert wird? Wenn das beides bejaht wird, dann nützt es nichts, wenn wir sagen: Wir sind religiös neutral! denn dann ist jeder Christ durch seinen Glauben und seine Bindung an Gott und Gottes Wort genötigt, sich von unserer Partei zu trennen. Wenn wir wirklich wollen, daß die große Masse der Christen, die mehr oder weniger eng und lebendig an ihren christlichen Glauben gebunden ist, sich für die sozialistische Bewegung öffnen soll, so müssen wir einen der beiden folgenden Wege beschreiten: entweder muß klargestellt werden, unsere Sozialistische Einheitspartei steht nicht auf dem Boden des Marxismus — im Parteiprogramm kommt das Wort Marxismus gar nicht vor. Ich halte diese Lösung für unglücklich. Oder wir sagen: wir sind eine marxistische Partei. Aber wenn dann Wert darauf gelegt wird, daß Christen in der Partei mitarbeiten und für sie gewonnen werden sollen, muß mit aller Deutlichkeit programmatisch klargestellt werden: Es ist nicht ein Bestandteil des Marxismus, daß man sich zum Atheismus bekennen oder dem Satz zustimmen muß: Das Grundlegende und Primäre ist die Materie. Ich glaube nicht, daß man diese Auffassung, die Marx und Engels zweifellos gehabt haben, als wesentlich für den Marxismus aufnehmen muß. Ich bejahe die ökonomischen Lehren und die politischen Forderungen von Marx und Engels und all ihrer großen Schüler bis Lenin und sehe nicht ein, in welcher Weise ich an dieser Bejahung durch meinen ausgesprochenen und betonten christlichen Gottesglauben behindert werden sollte, zu dem ich mich alle Zeit bekennen werde und auch jetzt bekenne. Ich sehe nicht ein, wo die logische Verbindung zwischen Sozialismus und Atheismus steckt. Es ist ein Nebeneinander von politischen, wirtschaftlichen Gedanken und einer metaphysisch-philosophischen Auffassung, die jeder nach seiner Erkenntnis mit

dem gleichen Recht entweder so gestalten kann, daß er Sozialist und materialistischer Atheist oder daß er Sozialist und gläubiger Christ ist.

Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn das hier klargestellt und damit die Möglichkeit geschaffen wird, daß auch ein gläubiger Christ mit gutem Gewissen und gegen alle Gegeneinwände, die man ihm von kirchlicher Seite entgegenhält, sich zur Sache unserer Partei bekennen kann.

Müller (Weimar): In unseren Grundrechten wird die Trennung von Kirche und Staat proklamiert. Es fragt sich: können wir in der heutigen Zeit eine solche Trennung tatsächlich durchführen und ist sie wünschenswert? Ich habe als Theologe auf diesem Gebiete so allerhand Erfahrungen gemacht. Wir kennen den gewaltigen Einfluß der Kirche auf unsere Volksmassen. Wir haben etwa 93 Prozent kirchengebundener Menschen und dürfen selbstverständlich als Politiker an dieser Tatsache nicht vorbeisehen. Ich glaube, daß in Bezug auf unsere Kirchenpolitik, die wir als Partei treiben, sich auch höhere Gesichtspunkte etwa in einer Angleichung an die westlichen Zonen geltend machen. Aber wir sollten als Partei schließlich ganz klar und offen bekennen, wie wir innerlich zu diesen Fragen stehen.

Der Gen. Meier hat sehr klar über den mächtigen Einfluß und die Wirkung der Kirche auf das Volk gesprochen. Die Kirche begleitet tatsächlich den Menschen von der Wiege bis zur Bahre; sie hat den größten Einfluß durch den Katechetenunterricht auf die Jugend und weiterhin durch ihre Seelsorge auf den Erwachsenen. Wir räumen der Kirche von Staats wegen größte Rechte ein. Sie treibt ihr Werk der Inneren Mission, und wir behindern sie von Staats wegen in keiner Weise, wir gewähren ihr Schutz. Aber — und diese Frage müssen wir uns immer wieder stellen —: können wir in der heutigen Zeit es dulden, daß die Kirche eine inselhaftige Abseitsarbeit leistet? Wir könnten es, wenn wir fest davon überzeugt wären, daß die Kirchen sich auf den Boden unseres demokratischen Staates stellten. Es ist aber verschiedentlich sowohl vom Gen. Meier wie von den Vordnern darauf hingewiesen worden, wie heute gerade die bekennende Kirche in ganz Deutschland dominiert und wie gerade ihre Geistlichen zwangsläufig „Antifaschisten“ geworden sind. Gen. Meier wies sehr richtig darauf hin, daß diese Geistlichen vielfach von den Alldeutschen kämen, von denen, die das Schwert gepredigt haben und dem Kapitalismus ergeben waren. Heute sind sie „Antifaschisten“ und führen die deutsche evangelische Kirche.

Das dürfte uns zu denken geben. Auch die Kirchen haben das Wort von der Trennung von Kirche und Staat aufgegriffen. Gen. Meier hat darauf hingewiesen, wie die katholische Kirche diese Trennung schon in früheren Jahrhunderten gewünscht hat. Das Beispiel, das Gen. Meier aus **Bayern** anführte, ist bezeichnend.

Es erhebt sich die Frage: können wir heute der Kirche zugestehen, abseits vom Staate für sich allein zu arbeiten und sich eine eigene Organisation aufzubauen? Brauchen wir kein wachsames Auge mehr auf die Kirche zu haben, heute wo die Katecheten in der Christlehre den Kindern alles mögliche beibringen können? Ich denke an die enge Verflechtung zum Beispiel der Kirchengeschichte mit der politischen Geschichte. Wie sehr beobachten wir heute gerade den Geschichtsunterricht, lassen aber die Lehre der Kirchengeschichte und die Christenlehre völlig unbeobachtet.

Auch müssen die Katecheten unter den Entnazifizierungsbestimmungen des Staates stehen. Wir beanspruchen also schon gar nicht mehr, daß die Pfarrer unter die Entnazifizierungsbestimmungen des Staates fallen, aber die Katecheten, die in der Schule weitgehend Religionsunterricht geben, sollten wenigstens darunter fallen. Die Kirchen hatten dagegen Stellung genommen, obwohl unter der Katechetenschaft nachgewiesenermaßen ein ganz hoher Prozentsatz von Faschisten ist, die dann natürlich unter die Bestimmungen des Staates fallen und aus dem Amte scheidend müßten. Die Kirche hat eine ganze Reihe von Lehrern, die der Staat entlassen hat, wieder als Katecheten eingestellt und begründet das damit, daß diese Lehrer der Kirche während der Nazizeit die Treue gehalten hätten. Das ist auch eine Motivierung! Mit demselben Recht könnten etwa Lehrer sagen: Wir sind der NSDAP beigetreten, weil wir der Schule die Treue halten wollten! Ich glaube nicht, daß wir diese Begründung anerkennen können. Mit der Trennung von Kirche und Staat haben wir doch nur gemeint, daß wir uns nicht in das Dogma, in den religiösen Inhalt der Lehre der Kirche einmischen wollen, aber eine restlose Trennung von Kirche und Staat ist meiner Ansicht nach sachlich unmöglich. Es wäre auch unklug, wenn wir die Trennung voll und ganz vollziehen wollten. Die Kirche kann gar nicht ohne den Staat auskommen. Ich erinnere nur an die Staatszuschüsse. Wir haben Hoheitsrechte bezüglich der Kirchensteuergenehmigung. Wir genehmigen in vielen Fällen noch die Pfarrerrwahlen und haben Patronatsrechte und was dergleichen mehr ist. Alles das ist nicht genügend bekannt.

Ich möchte also bitten, die Frage der Trennung von Kirche und Staat noch einmal einer Prüfung zu unterziehen und uns als Partei darauf zu beschränken, daß sich der Staat nicht in das Dogma und in die Lehre der Kirche einmischen soll. Jeder kann nach seiner Fassung selig werden! Die Kirchen mögen für sich arbeiten, wie sie wollen, aber der Staat muß trotzdem ein wachsames Auge auf sie haben; denn wir wissen nicht, was sich sonst in abgeschlossenen Räumen tut.

Schließlich ist zu bedenken, daß gerade beim Religionsunterricht eine nachhaltige Einwirkung auf die Kindesseele von den Kirchen betrieben

wird bis in die reife Jugend hinein und wie dadurch Lebensmaximen geschaffen werden, die natürlich die Grundlinie des Lebens weltanschaulich und politisch aufs stärkste beeinflussen.

Emil Ackermann (Berlin): Nachdem die Fachleute gesprochen haben, möchte ich als Nicht-Theologe auch einige Worte zu dem sagen, was ich in der Gemeinschaft religiöser Sozialisten festgestellt habe.

Gen. Kleinschmidt hat bemängelt, daß unsere Mitarbeit in der Kirche schwach ist und zu wünschen übrig läßt. Gen. Rackwitz hat die wesentlichsten Gründe dafür angeführt. Es bestehen tatsächlich gewisse Differenzen, und in den Aussprachen der Gemeinschaft religiöser Sozialisten hat sich gezeigt, daß die Frage Marxismus und Christentum heute noch ein Problem ist, das in unserer Partei manchmal zu Meinungsverschiedenheiten führt. Man hat dort sogar den Eindruck zu erwecken versucht, daß heute Worte von Marx und Engels von der Partei nicht mehr als gültig anerkannt werden, daß man die philosophischen Grundlagen des Marxismus jetzt in unserer Partei nicht mehr voll anerkennt. Diese Frage sollte man in der Partei eindeutig klären. Wir müssen irgend eine Lösung finden, wenn wir bei den religiösen Sozialisten dieses Problem klären wollen. Wenn wir das in der eigenen Partei nicht fertigbringen, können wir auch auf die außenstehenden, nicht zu unseren sozialistischen Kreisen gehörenden religiös gebundenen Menschen keinerlei Einfluß gewinnen. Darin liegt der Grund für den Einfluß der CDU auf kirchliche Kreise, für die sie extra einen religiösen Sozialismus propagiert. Denn in dem Augenblick, wo wir die Synthese in dieser Frage finden, würde es der CDU unmöglich gemacht, diese These noch weiter zu verfechten.

Es genügt also nicht das durchaus gute und instruktive Referat des Gen. Meier, das unsere Stellungnahme zur Kirche an sich klarlegt, dabei aber als einzigen positiven Punkt die Toleranz herausstellt. Wir müssen den Menschen, die sich heute zur Kirche oder zur Religion bekennen, irgend etwas Positives bieten, das ihnen einen Anreiz gibt, unseren marxistischen Grundsätzen näherzukommen. Wenn wir schon bei der Arbeiterschaft gegenwärtig einen Mangel an Klassenbewußtsein feststellen müssen, so dürfen wir nicht übersehen, daß gerade der religiöse Mensch dem durch das Versprechen eines besseren Lebens im Jenseits ein Wechsel für die Zukunft ausgestellt wird, viel schwerer für unsere Auffassungen gewonnen werden kann. Das Problem sollte also noch sehr eingehend durchgesprochen werden. Wir müssen uns überlegen, ob wir von der Partei weiter diese — ich möchte geradezu sagen: negative — Stellung zur Kirche einnehmen oder ob wir eine systematische Arbeit zur Gewinnung der Kirchengläubigen einleiten wollen. Die Tatsache, die Gen. Meier anführte, daß ein Dominikanermönch sozialistische Tendenzen vertritt, beweist doch, daß wir auch innerhalb der Kirche Verständnis finden, wenn wir das richtige Verhältnis dazu gewinnen. Für die Frage: besteht irgend

ein höheres Wesen, ein Gott oder, wie der Freigeist sagt, ein Weltgeist? — es gibt dafür eine ganze Reihe von Ausdrücken — müssen wir eine Lösung finden, die es dem Christen ermöglicht, die Gewissenskonflikte, auf die Gen. Rackwitz hingewiesen hat, zu vermeiden.

Minister **Grünberg** (Schwerin): Christentum und Religion sind zweifellos sehr stark im Volke verwurzelt. Beides ist identisch mit dem Streben des Volkes nach Humanismus, nach Frieden, nach friedlicher Arbeit, Aufbau und Ruhe. Das ist aber auch die Basis, auf der wir alle arbeiten, ob Christen oder Nichtchristen, und darum vertritt die Partei den Standpunkt: das religiöse Bekenntnis des einzelnen, sein Glaube ist seine Privatsache, Parteipflicht ist, mit allen Kräften für den Fortschritt, für Frieden, Aufbau, Sozialismus, zu arbeiten.

Nun wurde hier die Frage aufgeworfen: muß man unbedingt Materialist sein und sich zum historischen und dialektischen Materialismus bekennen, wenn man Parteimitglied sein will? Man will sozusagen eine Scheidelinie ziehen, als ob der Gläubige nicht Parteimitglied sein kann. Das ist nicht richtig. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß unser Parteiprogramm über diese Frage nichts enthält. Das ist auch nicht notwendig. Unser Parteiprogramm dient dem Aufbau auf demokratischer Basis zum Wohle des Volkes und zeigt den Weg zum Sozialismus. Wenn nun ein Gläubiger das Wohl des Volkes will, wird er sich der Partei anschließen ohne Rücksicht auf seinen Glauben; denn er will ja auch seinem Glauben entsprechend den Aufbau, den Fortschritt, den Frieden usw. Hier kann es also gar keine Konflikte geben.

Wir haben es aber nicht nur mit der inneren Überzeugung dieses oder jenes einzelnen Menschen zu tun, sondern auch mit der Kirche. Die Kirche ist die Organisation der Gläubigen, eine große, straff organisierte Massenorganisation mit einer Jahrhunderte alten Tradition, mit sehr viel Erfahrungen, mit sehr vielen Funktionären, den Theologen; sie ist eine Organisation, mit der wir im gesellschaftlichen Leben zu rechnen haben. Die Partei wünscht, daß diese Organisation sich auch mit dem Wohle des Volkes neben den religiösen Fragen beschäftigt, aber dabei nicht eine politische Organisation wird in dem Sinne, wie sie es leider früher einmal gewesen ist. Von diesem Standpunkt aus müssen wir an die Frage herangehen und der Kirche behilflich sein, sich auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß die Kirche wiederum in die Hände der Konterrevolution und der Reaktion gerät und zum Kampfe gegen die Interessen des Volkes mißbraucht wird. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Wir sind aber der Meinung, daß die absolute Trennung der Kirche vom Staat der einzig richtige Weg ist, um diese Zusammenarbeit zu sichern. Etwas Halbes darf es nicht geben. Was würde geschehen, wenn wir zwar sagen: Trennung von Kirche und Staat, aber andererseits die Kirche in

politische Kämpfe hineinziehen lassen? Es würde ein dem Volke schädlicher Kulturkampf entstehen. Das darf es nicht geben. Die Kirche ist eine Organisation, die eine gewisse Schicht des Volkes, die Gläubigen, vereinigt und ihre inneren Angelegenheiten selbst regelt. Wir wollen andererseits ja auch nicht, daß sich die Kirche nun in die allgemeinen Aufgabengebiete der Gesellschaftsorganisation, also des Staates einmischt. Das muß man klar erkennen und von diesem Standpunkt aus konkret an die Fragen herangehen. Mit der Kirche, mit den Gläubigen sind immer die Tagesfragen zu besprechen, die für jeden einzelnen brennend sind. Heute stehen wichtige Aufgaben auf der Tagesordnung und müssen gelöst werden, so das Problem der Ernährung, der Bekleidung, der Unterbringung von Tausenden und aber Tausenden, die Planung unserer Wirtschaft, der Kampf gegen die Reaktion usw. Hier können gar keine Gewissenskonflikte aufkommen, denn es sind Fragen, die alle Gläubigen und Ungläubigen angehen. Das ist die Linie, auf der wir zu arbeiten haben. Schlecht wäre es, wenn die Kirche andere Wege beschreiten würde.

Vorhin ist auch von der katholischen Kirche gesprochen worden. Richtig ist, daß mit der katholischen Kirche schwerer zu arbeiten ist, weil sie erstens einmal anders organisiert ist als die evangelische und von jeher politisch eingestellt ist, d. h. aktiv politisch gegen den Fortschritt, weil sie von einem Zentrum geleitet wird, welches von jeher und auch bis heute reaktionär war und ist. Vorhin wurde hier die päpstliche Enzyklika am dem Jahre 1931 erwähnt. Die einzige große Leitmelodie in diesem Dokument ist: Weltfeind Nr. 1 ist der Marxismus und Bolschewismus. Der Ton hat sich vielleicht seitdem geändert, aber die Melodie ist geblieben. Das wiederholte sich in der Botschaft des Papstes 1937. Die katholischen Gläubigen waren antifaschistisch und haben scharf gegen den Nazismus gekämpft. Für sie war der Nazismus der Feind Nr. 1. Denken wir an den Kampf um das Kreuz in der Schule, Welch heftiger Streit darum entbrannte! Aber als Hitler 1941 die Sowjetunion überfiel, standen nicht nur die Geistlichen, sondern auch die Masse der Gläubigen vor einem großen Fragezeichen: Wer ist nun Weltfeind Nr. 1? Bisher hatten sie scheinbar zwei Feinde, den unmittelbaren Nazismus und in der Ferne den vom Papst genannten Bolschewismus. Unter dem Druck des Papstes entschieden sie sich für Hitler, gegen die Sowjetunion. Solche politischen Tendenzen sind in der Kirche vorhanden gewesen, und gegen solch eine politische Organisation müssen wir scharf Stellung nehmen. Ich weiß, daß die politische Linie innerhalb der katholischen Kirchenführung heute keine andere ist; sie ist dieselbe geblieben. Gewiß, die Massen unten, die arbeitende Bevölkerung, die Gläubigen sind mit dieser Linie nicht einverstanden, und daraus erklärt sich auch, daß Geistliche, die mit dem Volk dauernd in Berührung stehen, eine andere Sprache sprechen. Aber ich kann mir nicht helfen: soweit ich die katholische Kirche kenne, kann ich

dem Mönch, der prosozialistisch auftritt, nicht viel Glauben schenken. Das Beispiel des Pater Muckermann von anno dazumal hat uns genügend gelehrt. Die Leute können jetzt nicht anders, sie müssen die Stimme des Volkes wiedergeben. Ob das aber von Bestand sein wird, ist fraglich. Es wird nur von Bestand sein, wenn wir als Partei es verstehen, die Stimmung der Massen unten entsprechend wachzuhalten und die Massen mit uns auf dem Wege des Fortschritts und auf dem Wege zum Sozialismus vorwärtszureißen. Unsere Theologen haben bereits darauf hingewiesen, daß die Mehrheit der Mitglieder unserer Partei der Kirche angehört, und ich bin auch überzeugt, daß sehr viele Parteimitglieder gläubig sind. Aber ob gläubig oder ungläubig, alle unsere Genossen müssen das Ziel verfolgen, das deutsche Volk nicht wieder der Reaktion auszuliefern. Ein Mittel dazu ist, dafür zu kämpfen, daß die Kirchen nicht ein Instrument der Reaktion werden.

Landeskirchenrat **Meinecke** (Dresden): Mir ist es so gegangen wie dem Gen. Rackwitz, als ich das Referat des Gen. Meier hörte: wir kommen nicht um eine klare Antwort auf die Frage herum: ist mit dem Bekenntnis zum Marxismus als Gesellschaftswissenschaft auch das Bekenntnis zum materialistischen Atheismus zwangsläufig verbunden oder nicht? (Anton Ackermann: Nein, die Mitgliedschaft zur SED setzt nicht etwa den Kirchenaustritt voraus.)

Diese Frage muß ganz klipp und klar beantwortet werden; denn in der Praxis wirkt sich die Unklarheit aus. Dafür hat Gen. Rackwitz schon eine ganze Menge Beispiele gegeben. Diejenigen in unserer Partei, die Christen oder vielleicht sogar Pfarrer sind, werden manchmal als „merkwürdige Exemplare“ angesehen. Ich bin dem Gen. Anton Ackermann sehr dankbar, daß er auf die Frage so klipp und klar mit einem Nein geantwortet hat, und ich halte es im Interesse der Partei für notwendig, daß dieses Nein nicht nur hier in der Konferenz gesprochen, sondern auch klar und deutlich, ich möchte sagen: programmatisch der Öffentlichkeit mitgeteilt wird. (Anton Ackermann: Wiederholt wird; denn gesagt wurde es ja schon!)

Ich glaube, manche sind auf einem falschen Wege, wenn sie meinen: jetzt trennen wir die Kirche vom Staat, der Staat zahlt keine Zuschüsse mehr, sorgt nicht mehr für Abendmahlswein usw. und damit ist es gut. Es ist unbedingt notwendig, daß der Staat ein wachsames Auge auf die Kirche hat, und zwar so lange, wie nicht alle, mindestens alle offiziellen Vertreter der Kirche aufrechte Demokraten sind.

Nun ist aber die Lage in der Pfarrerschaft genau so wie die innere Lage des Bürgertums überhaupt. Vielen ist mit dem 8. Mai 1945 nicht nur der Nationalsozialismus zusammengebrochen, sondern das ganze Gebäude ihrer früheren Welt. Sie sind wurzellos geworden und wissen noch nicht, zu welchem Ufer sie schwimmen sollen. Die Älteren unter den Geistlichen

sind oft noch geistig mit den Anschauungen von vor 1914 behaftet und sehen darin ihr Ideal, aber die Jüngeren sind heute doch wohl den Gedankengängen und Problemen zugänglich und offen, die der Sozialismus an sie heranträgt. Sie sind auch zum großen Teil gegenüber der CDU kritisch eingestellt, weil sie das unklare und unangenehme Gefühl haben: hier soll mit den heiligsten Dingen eines Menschen ein Geschäft gemacht werden. Dem Kommen zu uns stehen aber Hemmungen entgegen, weil oft ein Widerspruch zwischen den offiziellen Verlautbarungen der Partei und der Praxis in den untersten Gliederungen besteht. Es ist notwendig, daß bis in die letzte Ortsgruppe und auch, wie ich extra betonen möchte, in den Parteischulen unseren Funktionären klargemacht wird, daß sie eine wirkliche Toleranz gegenüber Kirche und Christentum zu üben haben. Sonst wird manche Tür, die uns, wie ich weiß, heute offensteht, zugeschlagen, und es wird wertvoller moralischer Kredit verwirtschaftet.

Max Kreuziger (Berlin): Jeder geistig hochstehende Mensch versucht natürlich, eine innere Einheit zwischen Fragen herzustellen, die auf den ersten Blick unvereinbar zu sein scheinen. Aber man soll dieses Problem nicht überschätzen. Es ist für die Massen kein Problem. Ich untersuche im Augenblick gar nicht die Frage, ob Marxismus und Christentum miteinander vereinbar sind oder nicht, sondern stelle nur fest, ob es überhaupt für viele Menschen ein Problem ist. Es gibt viele Menschen, die zwei Seelen in ihrer Brust vereinigen können. Die Masse unserer Werktätigen geht nicht von philosophischen Prinzipien, sondern von praktischen Erwägungen aus. Man beschwert sich über die Intoleranz, die gewisse Parteiredner in Versammlungen gegenüber der Kirche gezeigt haben. Hier ist der Grundsatz der Toleranz verkündet worden, den keiner von uns bestreitet. Aber Gen. Meier hat selbst schon darauf hingewiesen: wir sind nur die eine Seite, und es muß doch wohl mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß diejenigen, denen Toleranz zu predigen ist, nicht so sehr wir sind, sondern die Kirche. Die Kirche hat in der Vergangenheit willig den Standpunkt eingenommen, Dienerin der herrschenden Klasse zu sein. Man sehe den Schulunterricht an: Von dem Augenblick an, wo es überhaupt Volksschulen gab, ist der Religionsunterricht fast ausschließlich Lehrgut dieser Schulen gewesen, und immer hat sich die Kirche als willige Dienerin der jeweils herrschenden Gesellschaftsschicht in dem Sinne „Thron und Altar gehen zusammen“, gebrauchen lassen. Das sieht die Masse.

Nun könnte man sagen: heute ist es eben anders geworden, und es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß es religiöse Sozialisten gibt, die anfangen, sich durchzusetzen, daß es auch nach dem von Gen. Meier vorgelesenen Beispiel in der katholischen Kirche Männer gibt, die den Gedanken des Sozialismus vertreten. Aber ist das ein Verdienst der Kirche? Ist es nicht ein Zeichen für die sieghafte Kraft unserer Idee, daß sie auch dort

eindringt, wo anfänglich schärfster Widerstand zu verzeichnen war? Im übrigen sollen wir uns durch die wenigen weißen Raben nicht täuschen lassen; die Schar der schwarzen Raben ist nicht zu übersehen.

Auf dem Gebiet der Schule fängt die Kirche an, durchaus wieder ihre alten Machtpositionen zu fordern. Im Westen Deutschlands ist es heute so, daß dissidentische Lehrer schon wieder eine Ausnahmestellung einnehmen und nicht als Volksschullehrer anerkannt werden. — Ein Freund von mir wurde als Schulrat in Bayern gewählt. Er wurde zum Pfarrer gebeten, der zu ihm sagte: Ich nehme an, daß Sie ein getreuer Sohn der Kirche sind!? Als er das verneinte, wurde er drei Tage darauf zum amerikanischen Schuloffizier gerufen, und es wurde ihm nahegelegt, sich versetzen zu lassen, da die Bevölkerung ihn als Schulrat für untragbar halte. Das erinnert doch sehr lebhaft an jene Zeiten, da ich hier in Berlin als Schulrat bestätigt werden sollte und „spontane“ Kundgebungen aus den Elternbeiräten kamen, daß ein Dissident als Schulrat unter keinen Umständen evangelische Schulen beaufsichtigen dürfe.

Auf der Fuldaer Bischofskonferenz ist bereits offen wieder die geistliche Schulaufsicht verlangt worden, und in den Gesetzen der Länder im Westen ist die Konfessionsschule in stärkerem Maße als in der Weimarer Zeit zugelassen worden. In Ländern, in denen bisher die Simultanschule die Regelschule war, hat man jetzt der Konfessionsschule größeren Raum gewährt.

Das sind die Dinge, auf die es zu achten gilt. Schwieriger ist es in Berlin, wo der Kampf um diese Fragen in vollem Gange ist, und dieser Kampf ist durchaus noch nicht absolut zu unseren Gunsten und in unserem Sinne entschieden. Die Machtpositionen werden von der Kirche wieder bezogen. Wir dürfen den Grundsatz der Toleranz — das hat übrigens Gen. Meier mit vollem Recht betont — nicht so weit treiben, daß wir deshalb jene Positionen wieder räumen, die wir mühsam genug gemeinsam mit der fortschrittlichen Lehrerschaft erkämpft zu haben glaubten.

Schlußwort

Otto Meier: Die lebhafte und sehr umfangreiche Debatte hat, wie ich mit Genugtuung feststellen darf, auf einem hohen Niveau gestanden. Allerdings hätte ich nicht erwartet — aber das schadet nichts — daß gleich zuerst und dann auch in der späteren Reihenfolge der Redner sofort die Theologen der Partei auftreten würden und nun ein Thema in die Debatte ziehen würden, über das ich nicht gesprochen habe. Ich habe in meinem Referat ausdrücklich erklärt, daß ich mich mit der Religion nicht beschäftigen werde, sondern daß ich nur die Stellung der Partei und ihr Verhältnis zu Staat und Christentum behandeln wolle. Das, glaube ich, habe ich auch getan und habe mich daran gehalten.

Der Gen. Kleinschmidt hat am Beginn seiner Ausführungen sofort die Frage aufgeworfen: ist der Atheismus Bestandteil des Marxismus? und diese Frage ist dann von dem Gen. Rackwitz und dem Gen. Meinecke weiter variiert und ausgesponnen worden. Der Gen. Rackwitz hat die Frage gestellt: ist der philosophische Materialismus Bestandteil des Marxismus? um daran sofort die andere Frage zu knüpfen: ist hier die Scheidelinie? Hier muß die Partei eine ganz bestimmte Stellung einnehmen, wenn nicht ein großer Teil all jener, die noch gläubig sind, denen die Religion und der Gottesglaube inneres Bedürfnis sind, in schwere Konflikte kommen soll. Wenn hier also die Frage aufgeworfen ist: ist hier die Scheidelinie, dann sage ich: nein! Gen. Anton Ackermann hat es vorhin auch schon in einem Zwischenruf sehr deutlich zu erkennen gegeben. Das ist nicht nur eine Antwort, die jetzt im Augenblick erfolgt, sondern es ist lediglich, wie Gen. Anton Ackermann auch hervorgehoben hat, zur Bekräftigung unseres Standpunktes wiederholt ausgesprochen, den wir von Anfang an eingenommen haben.

Wir brauchen uns heute wohl nicht darüber zu streiten, welche Stellung Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, zu dieser Frage eingenommen haben. Sie ist entschieden. Es ist nicht zu bestreiten, daß beide Atheisten waren. Aber bisher ist es noch nie Praxis in der Partei gewesen, daß der Eintritt des neuen Mitgliedes davon abhängig gemacht worden ist, ob es sich persönlich zum Atheismus bekennt. Ich habe schon mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Wirksamkeit der Kirche im Grunde genommen auf einer ganz anderen Ebene liegt als die Wirksamkeit einer politischen Partei, wie es die Sozialistische Einheitspartei ist und wie es eigentlich bei allen sozialistischen Parteien, die auf dem Boden des Marxismus stehen und sich zu ihm bekennen, sein soll.

Im übrigen darf ich auf etwas anderes aufmerksam machen. Wohin würden wir überhaupt kommen, wenn wir jedem, der Mitglied der Partei werden will, diese Frage vorlegen wollten, überhaupt die Frage nach seinem Glaubensbekenntnis? Wenn wir heute die Probe aufs Exempel machen könnten, jedes einzelne von den 1 700 000 Mitgliedern der Partei danach zu fragen, wie er zu diesen Dingen steht, wir würden die kuriosesten Auskünfte bekommen. In einer solchen Massenbewegung können wir diese Frage überhaupt nicht stellen. (Anton Ackermann: sehr richtig!) Denn in einer solchen Massenbewegung werden die verschiedensten Elemente wirksam und treiben in der großen und generellen Ausrichtung zu jener politisch prinzipiellen Arbeit, die dem einzelnen in seiner Bedeutung vielfach gar nicht klar ist.

Im übrigen ist für mich jetzt wirklich nicht die Frage entscheidend, ob jemand aus innerer religiöser Überzeugung oder ob er aus rein wissenschaftlicher Erkenntnis zum Sozialismus kommt. Wir haben unser Pro-

gramm so, wie es formuliert ist, und im Augenblick sind für uns als Programm die „Grundsätze und Ziele“ der SED maßgebend. Wir haben unseren Standpunkt gegenüber der Kirche klargestellt: es ist der Standpunkt der absoluten Toleranz, wie er sich folgerichtig aus unserem demokratischen Bekenntnis zur absoluten Gewissensfreiheit ergibt.

Ich möchte mich nun noch mit einer anderen Frage auseinandersetzen, die hier ebenfalls von einem der Theologen angeschnitten ist und die mir bedeutungsvoll erscheint. Das ist die Frage: ist die Trennung von Kirche und Staat überhaupt wünschenswert? Hat man sich das auch richtig überlegt? Man hat die Befürchtung ausgesprochen, daß man dadurch vielleicht die Kirche geradezu ins Abseitsarbeiten hineindrängt. Man hat warnend auf die vielleicht unheilvolle Arbeit der Reaktion im Katechetenunterricht hingewiesen und ihn zum Geschichtsunterricht in Parallele gestellt, indem wir in der Schule alle Vorsorge treffen, um es der Reaktion nicht zu ermöglichen, die Jugend wieder ideologisch zu vergiften. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Kirche selbst den Gedanken freudig aufgegriffen habe, weil die Kirche, wie ich schon selbst im Referat am Beispiel von 1848 erläutert habe, hier ein freies Schußfeld für ihre künftigen reaktionären Bestrebungen sieht, in die der Staat nicht mehr hineinzureden hat.

Könnten wir das dulden, wenn wir eine solche Entwicklung als möglich vor Augen haben? Ich meine, wenn wir in unserem Verfassungsentwurf ausgesprochen haben: es gibt keine Staatskirche mehr, so ist damit die Trennung von Staat und Kirche festgelegt. Wir müssen dann aber auch das Vertrauen zu den demokratischen Organisationen und zum demokratischen Staat haben, daß er darauf achtet, daß sich die Kirche nicht im reaktionären Sinne betätigt. Wenn wir nämlich — und das ist die andere Seite der Medaille — die Trennung von Kirche und Staat nicht durchführen, so bedeutet das, daß die Kirche in Wahrheit, d. h. im Bewußtsein des Volkes, immer noch als gleichberechtigter Faktor neben dem Staat steht. Nach der Trennung aber hat sie sich als Körperschaft des öffentlichen Rechts, wie andere Organisationen im Staate, den Gesetzen und den Verfassungsbestimmungen zu fügen. Bei aller Anerkennung der Gewissensfreiheit darf selbstverständlich auch die Kirche nicht etwa wie früher gegen die Demokratie wirken oder gar zu ihrem Sturze beitragen.

Nun etwas anderes, womit ich mich nicht einverstanden erklären kann! Heute ist mir in Gestalt eines Theologen der Versucher genaht (Heiterkeit.) Der Gen. Kleinschmidt hat in beredten Worten von dem schweren Kampf gesprochen, den die Genossen als religiöse Sozialisten, als Pfarrer und Geistliche in der Kirche zu führen haben. Sie stehen meist allein, wenn es sich darum handelt, die Kirche wirklich an Haupt und Gliedern zu reformieren. Er hat gemeint, wir müßten rechtzeitig aufpassen, um hier die riesigen Möglichkeiten für uns als Partei auszunutzen. Der Gen.

Emil Ackermann hat in dasselbe Horn gestoßen. Ich kann diesen Genossen nicht beipflichten. Die Partei hat weder die Absicht noch die Aufgabe, die Losung auszugeben, daß ihre vielen Mitglieder, die zugleich auch in der Kirche sind, die Kirche erobern sollen. Das würde bedeuten, daß wir von unserer Seite aus einen Kulturkampf entfesseln, den wir stets für überflüssig, ja für schädlich gehalten haben, da er im Sinne einer fortschrittlichen Entwicklung und im Sinne der Demokratisierung unseres Volkes keinerlei Nutzen zu bringen verspricht. Dies gilt heute in besonderem Maße, weil vordringliche Aufgaben im Vordergrund stehen, — Aufgaben, um die bitterste Not zu bannen. Ein Kulturkampf, von welcher Seite er auch käme, wäre geradezu ein Unterfangen, das nur von unverantwortlichen Elementen vom Zaun gebrochen werden könnte.

Aber ich will euch etwas anderes sagen: Wir wollen euch in diesem schweren Kampf nicht allein lassen. Ihr braucht Hilfe. Ihr müßt unterstützt werden, wenn auch nicht im Rahmen der Partei selbst, denn ihr habt ja eure Organisation der religiösen Sozialisten und müßt von da aus wirksam werden. Aber diese Organisation ist kein Bestandteil der Partei und soll es auch nicht sein.

Die Partei ist jedoch sicherlich bereit, dieser uns befreundeten Organisation der religiösen Sozialisten ideologische Hilfe zu gewähren, wenn die religiösen Sozialisten darangehen, das Kirchenvolk auf ihre Auffassung und auf ihre Ziele aufmerksam zu machen. Es bieten sich hier Mittel und Wege nicht von der Partei selbst, sondern unmittelbar von der Organisation der religiösen Sozialisten, um bahnbrechend zu wirken.

Dann hat eine ganze Reihe von Rednern meinen Standpunkt unterstützt und erläutert, so der Gen. Kürschner, der darauf hingewiesen hat, wie die kirchenpolitischen, geistlichen Mitglieder der CDU durch Kampagnen und gegnerische Äußerungen versuchen, sich ein sozialistisches Mäntelchen anzuhängen, und daß es heißt, hier wachsam zu sein. Wir registrieren ja solche Fälle laufend in der Presse und führen auch dagegen den Kampf.

Ich habe in meinen Ausführungen im Referat darzulegen versucht, weshalb aus ihrer ganzen demokratischen Tradition heraus die Sozialistische Einheitspartei gegenüber der Kirche und der Religion Toleranz übt und daß sie diese Toleranz auch laut und vernehmlich verkündet unter der Voraussetzung — und darüber müssen wir wachen —, daß auch die Kirche diese Toleranz uns gegenüber wahrt und darauf achtet, daß keine reaktionären Elemente sich innerhalb der Kirche bereit finden, wiederum ihre Herrschaft im Sinne volksfeindlicher Tendenzen über Deutschland anzutreten. Eines möchte ich noch hinzufügen: diese Toleranz soll selbstverständlich auch für unsere Partei selbst gelten. Die Theologen haben die Frage gestellt: ist der philosophische Materialismus, der reine Materialismus ein Bestandteil des Marxismus, und liegt hier die Scheidelinie? Wir haben von

unserem Standpunkt aus geantwortet: nein, sie liegt nicht da! Nun bitte ich aber die religiösen Sozialisten, die in der Partei bis jetzt wacker und brav an dem großen Ziel der Verwirklichung des Sozialismus mitgearbeitet haben, auch Toleranz zu üben gegenüber jenen, die aus innerster Überzeugung Atheisten sind, und auch auf diese Weise auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus versuchen, ihre ganze Kraft zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus einzusetzen.

SED und Christentum

Die Stellung der Sozialistischen Einheitspartei zur Kirche und zur Religion

In dem entschiedenen Willen, nach der furchtbaren Katastrophe, die das deutsche Volk in seiner Geschichte erlebt hat, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen, haben sich in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands kurz nach dem Zusammenbruch die antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen. Vor das Trennende ihrer verschiedenen Weltanschauungen haben sie das Einigende gestellt, die

Verantwortung vor der Zukunft.

Am Neuaufbau Deutschlands haben auch die Kirchen aller Konfessionen teil. Das Ziel heißt:

Überwindung des Faschismus durch

Demokratie und Sicherung des Friedens!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat in dieser gemeinsamen Aufbauarbeit ihre Initiative und ihr ehrliches Wollen unter Beweis gestellt. Sie hat sich auch der Kirche gegenüber stets bereit erklärt, alles zu tun und jede Hilfe zu gewähren, um den Glaubensgemeinschaften eine positive Mitwirkung am Neuaufbau Deutschlands zu ermöglichen.

Diese Feststellung ist nötig, weil sich in letzter Zeit immer stärkere Bestrebungen zeigen,

Christentum und Marxismus

in gegenseitige Kampfstellung zu bringen. So schreibt der Vorsitzende der CDU, Herr Jakob Kaiser, in einem programmatischen Artikel der „Neuen Zeit“ vom 11. August 1946:

„Es hilft nichts, es geht heute in der Welt um die beiden weltanschaulichen Prinzipien: Christentum oder Marxismus.“

Christentum oder Marxismus? Mit dieser Gegenüberstellung wird die Gefahr einer Bekämpfung der Kirche an die Wand gemalt, die ihr angeblich vom Marxismus her drohe. Es besteht offensichtlich das Bestreben seitens der CDU, sich die Rolle der „Retterin“ des Christentums anzumaßen.

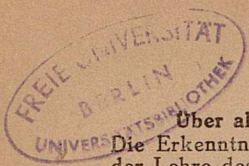
Will man damit die Kirche etwa wieder in die Sphäre parteipolitischer Auseinandersetzungen hineinziehen?

Will man einen Kulturkampf entfesseln?

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nimmt diese Herausforderung der CDU nicht an.

Die SED will und kann sie nicht annehmen, weil damit die von allen demokratischen Kräften gemeinsam begonnene Aufbauarbeit gestört würde.

Es gibt keine solchen Gegensätze, die eine jetzt offenbar herbeigewünschte Kampfstellung Christentum oder Marxismus rechtfertigen könnten. Die SED ist vielmehr der Auffassung, daß weltanschauliche Unterschiede keinen Anlaß geben, die verschiedenen Richtungen der aufbauenden Kräfte gegeneinander auszuspielen.



Über allem muß eines stehen:

Die Erkenntnis, ganz gleich, ob sie aus den Lehren der Religion oder aus der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus stammt, daß nach der größten geschichtlichen Katastrophe unseres Volkes alle, die guten Willens sind, zusammenstehen müssen in dem Streben:

Deutschland muß leben!

Die frühere allgemeine Ablehnung der Kirche durch die sozialistische Arbeiterbewegung galt nicht dem christlichen Glauben. Sie galt der Kirche als Machtinstrument der herrschenden Klassen, also vor allem den Vertretern jener Staatskirche, die als politischer Faktor einseitig und ausschließlich nur den Interessen der Unterdrückten gegen die Unterdrückten diente und zur Völkerverhetzung beitrug. Der Sozialismus hat sich immer zu dem Grundsatz bekannt:

Der Glaube ist eine persönliche Angelegenheit des einzelnen Menschen!

Zu diesem Grundsatz steht auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Mit ihrer programmatischen Forderung nach Gesinnungs- und Gewissensfreiheit ist sie auch gegenüber der religiösen Überzeugung

bis zur letzten Konsequenz tolerant.

Der christliche Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sind kein Hinderungsgrund für das Bekenntnis zum Sozialismus und für die Mitgliedschaft in der marxistischen Partei.

Viele aufrechte Christen und selbst Pfarrer haben gerade aus ihrer religiösen Grundhaltung heraus den Weg zum Sozialismus gefunden, weil sie in ihm die Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens sehen, in dem kein Raum mehr ist für Herren und Knechte, für Überfluß und Armut, für Rassenhochmut, pharisäerische Selbstgerechtigkeit, imperialistisches Machtstreben und Kriege, die Völker ausröten und Erdteile zerstören.

Deshalb kämpfen sie für den Sozialismus, gerade weil sie Christen sind!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, sich etwa die Kirche unterordnen zu wollen, wie es die Kirche mit Recht ablehnt, sich parteipolitisch zu binden. Allerdings, was die CDU als „christlichen Sozialismus“ vertritt, das ist nicht jene Umgestaltung der Gesellschaft, wie sie die SED, gestützt auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, fordert.

Dieser „christliche Sozialismus“ will nicht die Gesellschaftsordnung ändern; er beseitigt nicht die Ursachen der schweren sozialen Übelstände und diese selbst, sondern er will sie nur mildern. Er ist als Schlagwort ebenso irreführend wie der von der CDU konstruierte Gegensatz zwischen Christentum oder Marxismus.

Wir wollen keinen Kulturkampf! Er würde den Aufbau des demokratischen Deutschlands gefährden. Nicht von uns droht dem Christentum Gefahr, wohl aber von jenen Kreisen, die es jetzt wieder in den politischen Tagesstreit zeren wollen. Es geht also nicht um eine Kampffrage:

Christentum o d e r Marxismus

sondern um die gemeinsame Verantwortung gegenüber der Zukunft Deutschlands, die in voller Größe steht vor

Christentum und Marxismus.

ZENTRALSEKRETARIAT DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Wilhelm Pieck

Otto Grotewohl

INHALT

| | |
|--|----|
| Zum Geleit | 3 |
| Referat von Otto Meier | 6 |
| Aussprache | 22 |
| Diskussionsrede Dompfarrer Kleinschmidt (Schwerin) | 22 |
| Diskussionsrede Direktor Kürschner (Berlin) | 27 |
| Diskussionsrede Pfarrer Rackwitz (Berlin) | 29 |
| Diskussionsrede Müller (Weimar) | 33 |
| Diskussionsrede Emil Ackermann (Berlin) | 35 |
| Diskussionsrede Minister Grünberg (Schwerin) | 36 |
| Diskussionsrede Landeskirchenrat Meinecke (Dresden) | 38 |
| Diskussionsrede Max Kreuziger (Berlin) | 39 |
| Schlußwort von Otto Meier | 40 |
| Aufruf des Zentralsekretariats der SED vom August 1946 zur Frage: SED und Christentum | 45 |

2



2



31. 8. 72

25. 2. 73

18B218

X13<6978021800014

Preis 0,50 RM

„ERKENNTNIS UND WILLE“

Schriftenreihe der „Einheit“

Die „Einheit“ ist die im Auftrage des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgegebene theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus. Ihr Name ist Symbol! Sie soll eine Gesamtschau des gesellschaftlichen Lebens von hoher Warte bieten.

Hierbei soll die Schriftenreihe der Zeitschrift mit dem Titel „Erkenntnis und Wille“ helfen. Es kommt nicht nur darauf an, die Welt zu „interpretieren, sondern sie zu verändern“. Unter dem Titel „Erkenntnis und Wille“ sollen beachtliche und grundlegende wissenschaftliche Arbeiten teils als Originalarbeiten, teils als Sonderdrucke aus der Zeitschrift einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ausgewählt werden solche Arbeiten, die Erkenntnis und Willen vermitteln, also theoretische Erkenntnis schaffen und praktisches Handeln auslösen wollen.

Als Heft 1 erschien eine Arbeit von

Dr. jur. Karl Polak

MARXISMUS UND STAATSLHRE

Der Verfasser hat mit seiner Arbeit nicht nur einen beachtlichen grundsätzlichen sozialistischen Beitrag zu der in Deutschland gegenwärtig geführten Verfassungsdebatte geleistet, sondern er stößt mit seiner Problemstellung auch mitten in die Fragestellung, ob der Marxismus in unserer Zeit überhaupt noch seine Gültigkeit habe. Dabei zeigt die Auseinandersetzung Polaks auch, daß die Frage in Deutschland überhaupt nicht lauten kann, ob die Marxschen Erkenntnisse noch Gültigkeit haben, sondern daß ihre ständige Bestätigung durch die Wirklichkeit den Menschen erst noch bewußt werden muß.

Aus dem Geleitwort von Otto Grotewohl

Preis 1,— RM

Die Hefte der Reihe „Erkenntnis und Wille“ erscheinen in zwangloser Folge nach Bedarf.

VERLAG EINHEIT GMBH · BERLIN C 2

Preis 0,50 RM

„ERKENNTNIS UND WILLE“

Schriftenreihe der „Einheit“

Die „Einheit“ ist die im Auftrage des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgegebene theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus. Ihr Name ist Symbol! Sie soll eine Gesamtschau des gesellschaftlichen Lebens von hoher Warte bieten.

Hierbei soll die Schriftenreihe der Zeitschrift mit dem Titel „Erkenntnis und Wille“ helfen. Es kommt nicht nur darauf an, die Welt zu „interpretieren, sondern sie zu verändern“. Unter dem Titel „Erkenntnis und Wille“ sollen beachtliche und grundlegende wissenschaftliche Arbeiten teils als Originalarbeiten, teils als Sonderdrucke aus der Zeitschrift einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ausgewählt werden solche Arbeiten, die Erkenntnis und Willen vermitteln, also theoretische Erkenntnis schaffen und praktisches Handeln auslösen wollen.

Als Heft 1 erschien eine Arbeit von

Dr. jur. Karl Polak

MARXISMUS UND STAATSLAHRE

Der Verfasser hat mit seiner Arbeit nicht nur einen beachtlichen grundsätzlichen sozialistischen Beitrag zu der in Deutschland gegenwärtig geführten Verfassungsdebatte geleistet, sondern er stößt mit seiner Problemstellung auch mitten in die Fragestellung, ob der Marxismus in unserer Zeit überhaupt noch seine Gültigkeit habe. Dabei zeigt die Auseinandersetzung Polaks auch, daß die Frage in Deutschland überhaupt nicht lauten kann, ob die Marxschen Erkenntnisse noch Gültigkeit haben, sondern daß ihre ständige Bestätigung durch die Wirklichkeit den Menschen erst noch bewußt werden muß.

Aus dem Geleitwort von Otto Grotewohl

Preis 1,— RM

Die Hefte der Reihe „Erkenntnis und Wille“ erscheinen in zwangloser Folge nach Bedarf.

VERLAG EINHEIT GMBH · BERLIN C 2

Freie Universität



Berlin

x:rite

mm

colorchecker CLASSIC